

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Stk Hamburg)

Publikationsorgan der Zentral-Krank- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatztasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 M (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands Hamburg 1, Befendinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 75 M, für Versammlungsanzeigen 50 M die Zeile.

Bericht vom 24. Verbandstag.

Am Montag, 17. Mai, vormittags 9 Uhr, begannen die eigentlichen Verhandlungen des Verbandstages im großen Saale des Volkshauses, der mit frischem Maien- und Lannengrün und rotem Fahmentuch festlich geschmückt ist. 23 rund um die Galerie angebrachte Gedenkblätter mit Jahreszahl und Tagungsort auf schwarz-rot-goldenem Grunde sind den bisherigen Verbandstagen gewidmet. Ueber der Bühne mahnt der Spruch: „Auf, Brüder, zum Verband, reicht Euch die Bruderhand!“

Schönfelder begrüßt den inzwischen erschienenen technischen Mitarbeiter des „Jung-Zimmermann“, Krey, Lübingen, und teilt mit, daß von dem Genossen Gustav Heinke ein Gruß an den Verbandstag eingegangen ist mit der Mahnung, den Bauarbeiterbeschütz auch auf dieser Tagung nicht zu vergessen. (Bravo!) Der Verbandstag beschließt, dem alten verdienten Kampfgenossen herzlichsten Dank und Gruß zu übersenden.

Die inzwischen erfolgte Wahl der Statutenberatungskommission hat folgendes Ergebnis gezeitigt: Krest (Danzig), Fuge (Girschberg), Ihm (Berlin), Camenz (Dresden), Rogge (Magdeburg), Rathjad (Wismar), Kroneberg (Leipzig), Marten (Riel), Remde (Hannover), Gerdart (Eisenach), Eichinger (München), Wilhelm (Frankfurt), Schmidt (Wim), Pfeffer (Dortmund), Kappel (Nürnberg), Dambacher (Freiburg i. Br.), Franzjad (Slettin). Ferner nimmt für die Gauleiter Franke (Düsseldorf) an dieser Kommission teil.

Auf Vorschlag Schönfelders wird beschloffen, die Mandatsprüfungskommission mit der Vorprüfung der Beschwerden, die die ausgeschlossenen Kameraden Kaczmarek und Genossen aus Duisburg und Köffel aus Bremen beim Verbandstag gegen ihren Ausschluß eingelegt haben, zu beauftragen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Den Bericht des Vorstandes erstattet

Schönfelder: Dem letzten Verbandstag hatten wir aus Mangel an Mitteln keinen ausführlichen schriftlichen Bericht vorgelegt, so daß ich alles Wichtige aus der verfloffenen Geschäftsperiode im mündlichen Bericht dem Verbandstag unterbreiten mußte. Diesmal kann ich mich im Hinblick auf die Jahrbücher und die außerdem in der Ihnen unterbreiteten Vorlage sowie im „Zimmerer“ gegebene Uebersicht über die wichtigsten Ereignisse der letzten 2 Jahre auf ein allgemeines Bild beschränken. Ein paar Ziffern illustrieren das Verhältnis der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe gegenüber der allgemeinen Erwerbslosigkeit. Im Januar 1925 betrug die Zahl der Erwerbslosen im Baugewerbe 23 %, bei den deutschen Fachverbänden überhaupt 9 %, im Juli im Baugewerbe 2,9 %, bei den gesamten Gewerkschaften 3,4 %, und im Dezember im Baugewerbe 45,6 %, bei den gesamten Berufsverbänden 20,8 %. Das zeigt, wie wenig sich die Beschäftigungslosigkeit im Baugewerbe mit der allgemeinen Arbeitslosigkeit deckt. Die Ursache der Krise liegt in der Hauptsache in der riesigen Umstellung, die während und infolge des Krieges vor sich gegangen ist. Aus den Wettkämpfen auf dem Weltmarkt ist Amerika als Sieger hervorgegangen, als Besitzer ungeheurer Roh- und Hilfsstoffe und durch den Ausbau der Produktion in technischer Beziehung. Aber auch andere Länder, die bisher in ihrer ganzen wirtschaftlichen Verfassung rückständig waren und fast nur Importländer gewesen sind, haben sich umgestellt; sie sind zum Teil schon zu Exportländern geworden und damit auch eine Konkurrenz für die alten Industrieländer. Eine weitere Ursache der Wirtschaftskrise ist der schwache Inlandmarkt in Deutschland. Obwohl unser Produktionsapparat jetzt so groß ist, daß wir damit wenigstens 120 bis 130 % der Vorkriegsproduktion bewältigen könnten, haben wir nur ungefähr 60 bis 70 % des normalen Abjages, gemessen am Vorkriegszustand, erreicht. Trotzdem hat sich das deutsche Unternehmertum in seiner Kurzsichtigkeit und Verblendung nicht die Hebung des Absatzes im Inland zur Hauptaufgabe gemacht, sondern zum Teil selbst die Kaufkraft im Inland zerschlagen. In jeder Volkswirtschaft ist die Lohn- und Gehaltssumme der Hauptfaktor der allgemeinen Kaufkraft. Regelmäßig kommt dazu noch eine zusätzliche Kaufkraft von Renten und Spargeldern, die aber bei uns durch die Inflation so gut wie vernichtet ist. Daher mußte der Angelpunkt jeder vernünftigen Wirtschaftspolitik in Deutschland die Hebung des Lohnniveaus und damit die Kaufkraft der großen Masse sein. Der Hinweis der Unternehmer auf die angeblich ungeheure Belastung durch das Dawes-Abkommen ist auf dem Breslauer Gewerkschaftskongress von Professor Fernberg als Irreführung und Täuschung der Arbeiterschaft nachgewiesen. Während zur Zeit seines Berichtes in anderen Ländern die Löhne gegen die Vorkriegszeit um 200 bis 300 % gestiegen waren, betrug diese Steigerung in Deutschland bei den Gelehrten 132 %, bei den Ungelernten 156 %. Die Ersparnisse, die die deutsche Wirtschaft gegenüber den europäischen Konkurrenten dadurch macht, beträgt 33 % pro

Arbeitsstunde für gelernte, 20 % für ungelernete Arbeiter, während die Daweslast nach Fernberg auf den Kopf der Bevölkerung pro Arbeitsstunde 3 % ausmacht. Die Ersparnis der deutschen Wirtschaft infolge der niedrigen Löhne betrug bei 13 Millionen Industriearbeitern 8 Milliarden und im Vergleich zu Amerika 13 Milliarden. Bei der Umstellung nach der Inflation auf Goldlöhne mutete das deutsche Unternehmertum den Arbeitern zu, damit einverstanden zu sein, daß die Löhne auf ungefähr zwei Drittel der realen Lebenshaltung der Vorkriegszeit zurückgesetzt werden sollten, und als die Arbeiter sich dagegen zur Wehr setzten, machten die Unternehmer zu einer großen Offensive gegen die Arbeiterschaft mobil. Wäre diese Absicht der Unternehmer erreicht, so wäre heute sicher die Zahl der Arbeitslosen noch einmal so groß. — Zu den Ursachen der Krise gehört weiter die ungeheure Uebersetzung der Wirtschaft, das heißt die viel zu große Zahl der Unternehmungen in Deutschland. In der Zeit von 1914 bis 1923 ist die Zahl der Aktiengesellschaften von 10 000 auf 17 500 gewachsen, die Zahl der Gesellschaften mit beschränkter Haftung von 35 000 auf 80 000. Im Berliner Handelsregister waren vor dem Kriege 30 000 Firmen eingetragen, 1923 aber 59 000. Im Jahrbuch finden Sie nähere Ziffern über die Vermehrung der Betriebe, die bekanntlich ganz besonders groß im Handelsgewerbe ist. Dazu kommt weiter die ungesunde Kartellpolitik in Deutschland, die dahingehet, auch den schlechtest geleiteten Betrieben eine ausreichende Verdienstmöglichkeit zu sichern, was natürlich dazu führt, daß technisch gut ausgebildete Betriebe ungeheure Gewinne zu verzeichnen haben. Kennzeichnend für die verkehrte Kartellpolitik sind auch Beispiele aus unserm eigenen Beruf. So wurde in Köln, als die Südbühne gebaut wurde, von den in Frage kommenden Firmen eine Vereinbarung getroffen, wonach die ausführende Firma pro Tonne verbrauchtes Eisen 100 M an die Firmen, die an dem Auftrag nicht beteiligt wurden, zahlen mußte. Das machte eine Million Goldmark aus. (Hört, hört!) Um diese Million mußte also die Offerte höher gesetzt werden. Die Kosten hat natürlich die Stadt Köln zahlen müssen. Auch bei dem Bau der Hohenzollern-Brücke war zwischen 16 submittierenden Firmen die Vereinbarung getroffen, daß die Firma, die den Auftrag bekommen würde, jeder der 15 abfallenden Firmen 30 000 Goldmark zahlen müsse. (Hört, hört!) Anstatt den hier gekennzeichneten Ursachen der Krise nachzugehen und Hilfe zu schaffen, glaubt die deutsche Regierung durch die bekannte Zollpolitik helfen zu können, gegen die wir uns auch als Gewerkschaften zur Wehr gesetzt haben, und zweitens durch die sogenannte Preisabbauaktion, durch die sie sich nur lächerlich gemacht hat.

Auch in der deutschen Bauwirtschaft bleibt viel zu wünschen übrig. In der Verteilung der Bauten, insbesondere der Wohnungsbauten ist auch ein starkes Auf und Ab in den letzten Jahren zu verzeichnen gewesen. 1922, als noch die Flucht in die Sachwerte herrschte, hatten wir eine verhältnismäßig lebhaftere Bautätigkeit, 1923 dagegen wurde nur noch ein Siebtel der Wohnungsbauten erreicht gegenüber 1922, und auch 1924 lag die Bautätigkeit noch sehr darnieder. Am Schlusse des Jahres 1924 hatten wir mit 58 % die höchste Arbeitslosenziffer, die wir je in unserm Verbande zu verzeichnen gehabt haben. Erst nach einheitlicher Regelung der Hauszinssteuer ist mehr Regelmäßigkeit in die Bautätigkeit hineingekommen. Von privater Wohnungsbautätigkeit ist noch immer nicht viel zu spüren, weil auch heute noch mit einer angemessenen Verzinsung der Kapitalien dabei nicht gerechnet werden kann. Bei voller Auswirkung der Hauszinssteuer sind 1925 auch nur höchstens 125 000 neue Wohnungen erstellt worden, während man in der Friedenszeit mit 250 000 neuen Wohnungen im Jahre rechnete. Das bedingt natürlich für das Baugewerbe, besonders, wenn daneben auch die Industrie nicht in der Lage ist, umfangreiche Bauten auszuführen, eine außerordentlich schlechte Konjunktur.

Wie die Unternehmer diese Wirtschaftskrise auszunutzen suchen, ist bekannt. Bei unserm geringen Kassenbestand waren wir leider nicht in der Lage, uns immer so zu wehren, wie wir es gewünscht hätten. 1914 hatten wir 4,8 Millionen Mark Vermögen oder 110,49 M pro Kopf, 1924 ein Vermögen von 36 000 M oder 48 % pro Kopf. So schwere Kämpfe wie in den letzten 2 Jahren haben wir kaum je in der Geschichte unseres Verbandes zu führen gehabt. (Sehr richtig!) Fast immer waren die Unternehmer die Angreifer. Im Jahre 1925 betrug die Zahl der Streiktage für unsern Verband 1 536 000, beteiligt waren daran 71 000 Kameraden, die Kosten der Kämpfe betragen 3 077 000 M. Aber die Kämpfe sind nicht vergeblich geführt worden; wir haben trotz aller Schwierigkeiten beachtliche Erfolge errungen. Insgesamt sind seit Ende 1923 bis Ende 1925 nach unserer Statistik die durchschnittlichen Wochenlöhne um 23,53 M erhöht worden. Noch viel mehr aber können wir darauf stolz sein, daß wir trotz aller dieser ungeheuren Schwierigkeiten den Achtfünftentag haben halten können.

(Sehr gut!) 16,41 % der Kameraden, ohne die Poliere und Lehrlinge, arbeiteten im Jahre 1924 weniger als 48 Stunden die Woche, 76,04 % 48 Stunden und nur 8 % länger als 48 Stunden. Nach einer Statistik des ADGB arbeiteten im Mai 1924 54,7 % der von ihm erfaßten 2 1/2 Millionen Arbeiter mehr als 48 Stunden in der Woche. Nach einer einige Monate später aufgenommenen Statistik ist hierin eine gewisse Besserung eingetreten, indem diese Zahl nur noch 45,4 % betrug. Wir haben in unserm Verbande im Jahre 1925 noch für 4600 der 6697 Zimmerer, die länger als 8 Stunden am Tage arbeiteten, eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht, so daß auch bei uns die Prozentziffer von 8,5 auf 7 % heruntergebrückt werden konnte. — Alle diese Kämpfe konnten von uns nur durchgeführt werden, weil wir eine geradezu beispiellose Opferwilligkeit unserer Kameraden in diesen Jahren verzeichnen konnten. Jeder einzelne sowie die Zahlstellen waren aufs äußerste angespannt; wir mußten ständig von der Hand in den Mund leben. Die in Arbeit stehenden Kameraden mußten a tempo mit ihren Beiträgen diejenigen unterstützen, die im Kampfe standen. Dabei haben unsere Kameraden einen vorzüglichen Kampfesgeist bewiesen. Mühten wir doch wiederholt die Streikunterstützung für die im Kampfe stehenden herabsetzen und die Beiträge für die in Arbeit stehenden Mitglieder erhöhen. Von mancher Seite ist auch die Frage aufgeworfen worden, ob wir als Zentralvorstand die Machtvollkommenheit nach der Satzung hatten, den Mitgliedern solche Verpflichtungen aufzuerlegen. Aber wo es sich um die Existenz des Verbandes handelte, konnten Kompetenzfragen keine Rolle spielen. Bekannt ist, wie hinter den Unternehmern im Baugewerbe die gesamten übrigen Unternehmerverbände gestanden haben. Wie haben unsere Händler vor einer schwierigeren Entscheidung gestanden als im August 1925. Unsere Hauptkategorie war schwach, die Kameraden waren aufs äußerste angespannt, und in dieser kritischen Situation entschlossen sich unsere Unterhändler, die Vereinbarungen in Berlin zu treffen, die eine Aussperrung illusorisch machten. Es sind ihnen deswegen zum Teil heftige Vorwürfe gemacht worden; aber heute, wo wir in aller Ruhe über die damalige Situation nachdenken können, können wir nur aussprechen, daß wir jenen Kameraden, die damals die Entscheidung zu treffen hatten, Dank schuldig sind, daß sie den Mut zu diesem schwierigen Entschluß gefunden haben. (Bravo!) Der Vorsitzende des Breslauer Gewerkschaftskongresses, der damals zu diesem Entschluß Stellung nahm, hat auch mit vollem Recht den baugewerblichen Arbeitern den Dank für diese Entscheidung ausgesprochen. Die Entwicklung seit dieser Zeit hat bewiesen, daß diese Entscheidung die richtige war. Wir haben bei diesen ganzen Kämpfen die Erfahrung gemacht, daß wir auf uns allein angewiesen sind, daß wir uns nicht darauf verlassen können, daß die Regierung, das Parlament und durch die Gesetzgebung irgendwie zur Hilfe kommt. Bei dem Einfluß, den die Arbeitgeber auf das Reichsarbeitsministerium gewonnen haben, kann uns von dieser Seite her eher ein Schaden erwachsen.

Wie sind nun die Aussichten für die Zukunft? Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat in ihrer Mitgliederversammlung am 12. März beschloffen, den ihr angeschlossenen 2433 einzelnen Verbänden den Beitritt zu der Streikentschädigungskasse der Vereinigung zu empfehlen. Dieser Beschluß ist für uns von ungeheurer Tragweite. Die Höhe des Jahresbeitrages, den das Mitglied der Streikentschädigungskasse selbst bestimmen kann, beträgt das Doppelte der gewünschten täglichen Streikentschädigung. Wenn also ein Unternehmer im Falle eines Streiks 100 M Streikentschädigung pro Tag haben will, so muß er im Jahre 200 M als Beitrag in die Kasse zahlen. Eine uns vorliegende Liste zeigt, wie rapid die Mitgliederzahl dieser Streikentschädigung der Unternehmer sich gesteigert hat. In einer Werbeschrift, die zum Beitritt auffordert, heißt es:

In sehr vielen Fällen wirkt das Erscheinen des deutschen Industrieschutzverbandes von vornherein so dämpfend auf die Streiklust der Arbeiter und namentlich auf die beteiligten Gewerkschaften, daß sie es gar nicht erst zum Streik kommen lassen; denn mit dem Streik wird ja lediglich eine Schädigung des Arbeitgebers bezweckt, so empfindlich, daß er unter die Macht und den Willen der Arbeiter gezwungen werden soll. Der Streik wird völlig sinn- und zwecklos, wenn der Arbeitgeber entschädigt wird, also nicht den beabsichtigten Schaden erleidet.

Ein weiterer Zweck der Kasse ist auch, sogenannte Aufklärungsschriften über volkswirtschaftliche Dinge, wirtschaftliche Zusammenhänge und Notwendigkeiten unter der Arbeitererschaft in Form von Druckschriften und Flugblättern — und zwar unter neutraler Flagge — zu verbreiten, namentlich unter den Betriebsräten, wie zum Beispiel eine Klarstellung über die Unmöglichkeit der Einführung der Forderschen Arbeits- und Lohnmethode, die, wie es in der Werbeschrift heißt, die Köpfe der Arbeiter in der letzten Zeit

so verdreht haben; ferner Schriften über die Technische Nothilfe, über den Preisabbau usw. Also die Arbeitgeber rüsten mit allen ihnen verfügbaren Mitteln. Daraus müssen wir die Konsequenz ziehen, unsererseits eine immer umfassendere Aufklärungsarbeit im Sinne der Gewerkschaftsbewegung, im Sinne der Arbeiterbewegung zu leisten und die Organisationen immer mehr zu kräftigen. Ich bin überzeugt, daß der Verbandstag die Zeichen der Zeit begreifen wird und daß hier Beschlüsse zustandekommen werden, die uns in die Lage versetzen, den Wünschen der Unternehmer getroßt entgegenzusehen. Wie wir in der Vergangenheit vor Kämpfen nicht zurückgeschreckt sind, sondern bis zum letzten unfern Mann standen, so hoffe ich, werden wir auch in Zukunft bis zum letzten Mann im Verbandsrat unsere ganze Kraft einbringen zum Wohle des Verbandes, zum Wohle der Zimmerer Deutschlands. (Lebhafter Beifall.)

Römer verweist auf den ausführlichen Bericht in den Jahrbüchern und im schriftlichen Kasernenbericht. Die Gestaltung unserer Finanzen ist ein Riesenzwerg. Bei den Anträgen, die Ansprüche an die Kasse stellen, pflegen manche Kameraden allerdings grundfänglich nicht zu rechnen; sie ziehen nur die materiellen Vorteile, die ihre Anträge für sie bedeuten, in Berechnung. Von den 66 Anträgen zur Erwerbslosenunterstützung wollen 51 einen Ausbau. Nur wenige Anträge wollen den Fortfall dieser Unterstützung. Charakteristisch ist, daß auch Anträge gestellt sind, wonach die Krankenunterstützung neben der Erwerbslosenunterstützung noch gehäuft werden soll. Das ist so naiv, als wenn ein Kind für 1 1/2 eine ganz große Dose Bonbon kaufen will. Man will die Hauptkasse mit einer Viertelmillion Jahresausgabe belasten, wo wir kaum Deckung haben für die Unterstühtungen in der bisherigen Höhe. Diefelben Zahlstellen bringen dabei nicht einmal den Mut auf, eine Beitragserhöhung zu beantragen. Das beweist, daß sie in keiner Weise die finanzielle Lage des Verbandes bei ihren Anträgen berücksichtigen haben. Den Zahlstellen, die einen Abbau der Erwerbslosenunterstützung oder gar ihre volle Beseitigung fordern, ist ein solcher Vorwurf nicht zu machen, da sie wenigstens die ersparten Beträge dem Kampffonds zuführen wollen. (Sehr richtig!) Hier handelt es sich um eine grundsätzliche Frage.

Der Redner geht auf die historische Entwicklung der Beitragsfrage im Verbandsrat ein. Wir sind durch die Verhältnisse nach der Inflation gezwungen gewesen, die Beiträge zu erhöhen und trotzdem die Unterstühtungen einzudämmen. Etwas erleichtert wird uns das durch die staatliche Erwerbslosenfürsorge, so wenig wir mit ihrer Ausgestaltung auch zufrieden sind. 4 Monate war fast die Hälfte der Mitglieder erwerbslos, das bedeutete, daß die Hauptkasse monatelang auf jegliche Voreingänge verzichten mußte. Im vorigen Jahre konnte, wie bekannt, vom Februar an die Erwerbslosenunterstützung nur noch aus den Mitteln der Extrabeiträge für die Aussperrung gezahlt werden. Gewiß hatten wir statutarisch dazu, wie auch zur Ausschreibung von Doppelwochenbeiträgen kein Recht. Aber das Recht, sich in solchen Notfällen zu helfen, muß eben der Zentrale gegeben werden. Deshalb hat der Vorstand diesmal einen Antrag zum Statut in dieser Richtung gestellt. Bei der Durchführung der Erwerbslosenunterstützung muß vor allem darauf gesehen werden, daß die Kameraden auch wirklich ihre statutarischen Pflichten erfüllt haben. (Sehr richtig!) Wir können auch nicht unsere gesamten Einnahmen für die Erwerbslosenunterstützung verwenden. Charakteristisch für die Verhältnisse waren die unzähligen Vorkaufbestellungen, mit denen wir im letzten Jahre von den Kassierern überflutet wurden. Wir mußten immer wieder darauf hinweisen, daß höchstens der Bedarf für eine Woche angefordert werden darf. Für Gelder der Hauptkasse dürfen von den Filialen keine Darlehen aufgenommen werden. Die Einwendung der Quittungen über die gezahlten Unterstühtungssummen wird leider auch von größeren Zahlstellen noch vielfach veräußert. Unhaltbar ist auch der Zustand, daß von vielen Kassierern über 8 Wochen lang Unterstühtung ausbezahlt wird.

Für die zukünftige Gestaltung der Finanzen hat der Vorstand dem Verbandstage Anträge unterbreitet zur Beitragsfrage und zur Regelung insbesondere der Erwerbslosenunterstützung und der Streitunterstützung. Eine große Anzahl der Anträge aus Mitgliederkreisen beweist leider, daß die betreffenden Kameraden aus den Erfahrungen der letzten Jahre nichts gelernt haben. Aus der einfachen Tatsache, daß im Jahre 1925 die zahlungsmäßigen Einnahmen nicht ausreichten, um den zahlungsmäßigen Ausgaben gerecht zu werden, sollte sich alles Weitere ergeben. Anträge, die das naive Verlangen auf Herabsetzung der Beiträge stellen, sind wirklich nicht ernstzunehmen. (Sehr richtig!) Wir müssen als Norm damit rechnen, daß für die Monate Januar bis März 200 % der Summe für Erwerbslosenunterstützung gebraucht werden, die in den 3 andern Quartalen des Jahres für diesen Zweck ausgegeben wird. 1 1/2 Millionen Bestand am Jahresabschluss ist gewissermaßen die „Sicherheitshypothek“ im Finanzgebäude des Verbandes. Bei den gegenwärtigen zahlungsmäßigen Beiträgen ist aber nur mit einer Jahreseinnahme von 3 173 000 M zu rechnen, demgegenüber die allein für Erwerbslosenunterstützung gezahlte Summe von 2 188 048 M = fast 70 % untragbar ist. Hiermit ist unsere Stellungnahme zu dieser Frage gegeben.

Bezüglich der Beitragsbefreiung der Mitglieder während der Erwerbslosigkeit werden wir eine Aenderung nicht vornehmen können. Ohne Erhöhung der Beiträge wird es nach alledem nicht möglich sein, noch erhebliche Erwerbslosenunterstützung in Zukunft zu zahlen, geschweige denn, sie auszubauen. Ihre Abschaffung würde ich grundfänglich nicht befürworten, sondern empfehle vielmehr, daß wir uns den Krisenereignissen auch in dieser Beziehung anpassen. Das Schlagwort der grundsätzlichen Gegner der Erwerbslosenunterstützung, daß sie den Kampfscharakter des Verbandes schwäche, hat seit Bestehen dieser Unterstühtung merklich an Bedeutung eingebüßt. Alle Unterstühtungen sind zweifellos dazu geeignet, die wirtschaftliche Kraft der Mitglieder zu stärken, und in diesem Sinne als Verpflichtung der am Kampfe Beteiligten wirkt auch die Erwerbslosenunterstützung als Kampfmittel. Von diesem Gesichtspunkte aus ist auch vor 2 Jahren hier an derselben Stelle die Erwerbslosenunterstützung beschloffen worden. — Die Hauptfrage ist, in welchem Verhältnis die Ausgaben für diese Unterstühtung zu den Einnahmen des Verbandes

stehen. Es geht in der Tat auf die Dauer nicht an, daß dieser eine Unterstühtungsweig zwei Drittel der gesamten Einnahmen beansprucht und damit tatsächlich die direkten Kampfmittel schwächt. Die Vorschläge des Hauptvorstandes zur Höhe der Erwerbslosenunterstützung sind daher nur durchführbar bei der vom Hauptvorstand ebenfalls vorgeschlagenen Beitragserhöhung, und ob sie auch bei sehr stark auftretender Erwerbslosigkeit in der Höhe zu halten sein werden, ist auch nicht absolut sicher. Die Höhe der Streitunterstützung kann man unmöglich für alle Fälle im Voraus festlegen. Die von uns vorgeschlagenen Beitrags- und Unterstühtungssätze bilden auf jeden Fall ein einheitliches Ganzes. Im übrigen müssen wir in Zukunft das Hauptgewicht darauf legen, einen Kriegsschatz zu schaffen. Ohne Sicherungsbventile ist die Verbandsmachinerie nicht intakt; sie vernünftiger die Gestaltung der Verbandsfinanzen, um so höher die Aktionkraft, um so ausschlaggebender die Stellung des Verbandes seinen Gegnern gegenüber.

In dem gegenwärtigen Stadium, dem Daniederliegen der Bauwirtschaft und den Lohnabbauanstrebungen der Unternehmer, sind dem Verbandsrat die Maßnahmen für die Zukunft so eindringlich wie kaum jemals vorgezeichnet. Es ist geradezu ein Gebot der Stunde, die Finanzkraft der baugewerblichen Arbeitnehmerverbände, also auch unseres Verbandes, zu stärken, Kräfte zu sammeln, um den Nöten dieser und der uns noch bevorstehenden Zeit mit Ruhe und Sicherheit begegnen zu können. Nur ein unerschütterliches Zielbewußtsein aller Verbandskameraden kann und wird die wirtschaftliche Uebermacht des Gegners im Wirtschaftskampfe schwächen und die eigene Position stärken.

Wenn je, so war das Vorjahr für den Verband arbeits- und operreich. Wenn es trotzdem gelungen ist, das Verbandschiff allen Stürmen zum Trost vor dem Schiffbruch zu bewahren, so ist das einer Beweiskraft, seiner Manövrierfähigkeit sowie der Disziplin seiner Mannschaft zu verdanken. Jetzt gilt es, dies sturmundflutete Schiff wieder flottzumachen, daran muß die gesamte sturmerprobte Mannschaft nach besten Kräften mitarbeiten. Wir haben das Vertrauen, daß die Kameraden die Situation verstehen werden; denn dieses und allem Anschein nach auch das nächstfolgende Jahr wird harte Anforderungen an den Verband stellen. Aus diesem Vertrauen zu der Opferfreudigkeit der Kameraden werden wir die Kraft und Zuversicht schöpfen, bald einen finanziellen Halt zu erlangen, der den Verband wieder voll aktionsfähig macht und den Mitgliedern den Schutz bietet, der heute mehr denn je gegen die rücksichtslosen Praktiken des organisierten Unternehmertums vonnöten ist. (Lebhafter Beifall.)

Wolfgang: Beschwerden gegen die Redaktion sind im Laufe der letzten Geschäftsperiode nicht eingegangen. Wenn auch abweichende Meinungen immer vorhanden sein werden und einzelne Wünsche unberücksichtigt bleiben müssen, so beweist doch diese Tatsache, daß der „Zimmerer“ im großen und ganzen die Linie, die ihm durch die Satzungen und die Verbandsratsbeschlüsse gesteckt worden ist, eingehalten hat.

Seit April 1924 konnte unser Blatt wieder regelmäßig wöchentlich 4 Seiten stark erscheinen, aber unsere Annahme, daß die seit August 1923 rückläufige Entwicklung des Mitgliederbestandes ihren tiefsten Stand erreicht habe, wurde leider getäuscht; es ging bis zum Frühjahr 1925 weiter bergab. Infolge dieses Rückganges der Mitgliederzahl ist natürlich auch die Auflage des „Zimmerer“ in dieser Periode etwas gesunken. Aber wir können uns vielleicht damit trösten, daß andere Gewerkschaften noch stärkere Rückgänge zu verzeichnen hatten. Unser Verband hat sich also als Berufsverband gut gehalten. Infolge der großen Ansprüche, die an Unterstühtungen gestellt wurden, war es noch nicht möglich, den „Zimmerer“ wieder in der früheren Stärke erscheinen lassen. Durch die Herausgabe der Jahrbücher, die über die wichtigsten Vorgänge im Wirtschaftsleben und im Verbandsleben Aufklärung geben, hat der „Zimmerer“ eine Entlastung erfahren. Anregungen auf weitere Ausgestaltung des Jahrbuches nehmen wir gern entgegen. Wir hoffen auch, daß die Zeit nicht allzufern sein wird, wo der „Zimmerer“ wieder in der früheren Stärke erscheinen kann. Neu ist die Auhrit über die Genossenschaftsbewegung. Die Aufnahme sachtechnischer Artikel war bisher nicht möglich, wir hoffen aber, damit baldigst beginnen zu können, zumal wir uns damit auch ein wachsendes Interesse der Mitglieder an ihrem Fachorgan versprechen. Damit wäre dann dem Wünsche des Antrags Leipzig Rechnung getragen. So weit, wie ein Antrag liegt, will, den Inhalt des „Jung-Zimmermann“ auch im „Zimmerer“ wiederzugeben, können wir allerdings nicht gehen. Das ist auch unnötig, da alle Kameraden den „Jung-Zimmermann“ für billiges Geld beziehen können.

Die Anzeigen, die vor Bezug warnen, haben in neuerer Zeit einen solchen Umfang angenommen, daß wir abstoppen mußten. Neuerdings wird auch wegen Arbeitslosigkeit vor Bezug gewarnt; ja, eine Zahlstelle, die bei 130 Mitgliedern 10 Arbeitslose hat, schickt uns auch eine solche Warnung vor Bezug. Natürlich haben wir diese Anzeige abgelehnt. In letzter Zeit kommen häufiger Anzeigen, die vor dem Umschauen warnen. Es genügt wohl, wenn der Verbandstag der Redaktion die Anweisung gibt, daß alle solche Anzeigen nur in ganz dringenden Fällen aufzunehmen sind. Die Berichterstattung über wichtige Vorkommnisse gewerkschaftlicher und wirtschaftlicher Art wird in Zukunft besser werden, nachdem in einer kürzlich stattgefundenen Redakteurkonferenz der Vorstand des DGB. zugesagt hat, der Gewerkschaftspresse alles wichtige Material so schnell wie möglich zugehen zu lassen. Aber auch unsere Mitglieder sollten ihrem Fachorgan alles Wichtige mitteilen und auch mehr die Aufmerksamkeit der Tagespresse auf die mißlichen Verhältnisse im Baugewerbe hinlenken.

Der „Jung-Zimmermann“ erscheint nun im fünften Jahrgang. Er hat zweifellos der Aufklärungs- und Werbearbeit unter unsern jungen Nachwuchs wertvolle Dienste geleistet. Unsere Jugendlichen sollen zu tüchtigen Gewerkschaftlern erzogen werden, ihnen soll ein gediegenes fachliches Wissen vermittelt und sie sollen in geistiger und kultureller Hinsicht voranschreiten. Wir haben das anfangs nur vierseitige Blatt auf acht Seiten erweitert und es damit auch inhaltlich ausgestatten können. Auf einen Erfolg können wir besonders stolz sein. Wie ich Ihnen in Eigenem mitteilen konnte, trug sich damals die Vereinigung der deutschen Zimmermeister mit der Absicht, eine Art Konkurrenzblatt herauszugeben, das heißt ein Blatt zum unentgeltlichen Vertrieb an die Lehrlinge. Das ist geschehen, aber es sind nur fünf Nummern dieser „Lehrlingsblätter“ herausgekommen, dann

ist das Unternehmen wieder sanft eingeschlafen. Der „Jung-Zimmermann“ hat also die Lehrlingsblätter der Zimmermeistervereinigung in die Flucht geschlagen. (Bravo!) Auch die Auflage des „Jung-Zimmermann“ ist leider entsprechend dem Rückgang der Mitgliederzahl der Jugendlichen im Verbandsrat etwas zurückgegangen, trotzdem beziehen ihn auch ältere Kameraden, und um ihn auch andern Interessenten zugänglich zu machen, haben wir den „Jung-Zimmermann“ in die Postzeitungsliste eintragen lassen. Den Antrag 75 der Zahlstelle Burgstädt, der verlangt, den „Jung-Zimmermann“ nur organisierten Kameraden zuzustellen und den Bezug der Zeitung durch die Post einzustellen, bitte ich daher abzulehnen. Wir haben auch als Verband das größte Interesse daran, unser Jugendblatt möglichst weit zu verbreiten. Wie nachteilig die Annahme des Antrags für unsere Jungkameraden wäre, beweist zum Beispiel, daß eine Anzahl Gewerbeschullehrer sich um Zustellung des „Jung-Zimmermann“ an uns gewandt haben und das Blatt nun regelmäßig beziehen. Sie entnehmen daraus nicht nur mancherlei Anregungen, sondern oft genug Anleitung für den praktischen Unterricht. Ferner erfährt mancher Schüler dadurch erst von dem Bestehen des „Jung-Zimmermann“ und wird zu unserm Verbandsrat kommen, wie wir z. B. durch Vermittlung eines Gewerbeschullehrers 10 Jungkameraden gewonnen haben. Diese Werbemöglichkeit werden uns auch die Burgstädter Kameraden nicht abschneiden wollen. Auf Wunsch des Gefängnisgeistlichen haben wir sogar einer größeren Strafanstalt in Süddeutschland ein gebundenes Exemplar zum Studium für die in der Anstalt befindlichen Jugendlichen übermacht, da wir jede Möglichkeit, den „Jung-Zimmermann“ zu verbreiten, schätzen. Wir werden in der Ausgestaltung seines Inhalts fortfahren und sind dankbar für etwaige Anregungen. Wenn wir erst den mehrfachen Wünschen entsprechend, den „Jung-Zimmermann“ 14tägig erscheinen lassen können, dann müßte für ihn eine besondere Redaktion mit einer freigestellten Kraft geschaffen werden. In diesem Jahre wird unser Verband die Volkshochschule Tinz sowie die Wirtschaftsschule in Berlin besichtigen. Wir hoffen, daß wir auf diesem Wege nach und nach junge Kräfte für unsere Verbandsarbeit gewinnen. In der Bildung von Lehrlings- und Jugendabteilungen müssen unsere Zahlstellen noch aktiver werden. Wo irgendeine Möglichkeit dazu besteht, sollte sie ausgenutzt werden. Um den Lehrlingsabteilungen eine weitere und festere Basis zu geben, haben wir schon vor einem Jahre im „Jung-Zimmermann“ angeregt, die Grenzen der Lehrlingsabteilungen nicht zu eng zu stecken, sondern auch den ausgereiften Jugendlichen ohne Altersbefreiung Gelegenheit zu geben, noch in der Gruppe zu bleiben.

Für die Arbeit in den Jugendabteilungen haben wir Richtlinien herausgegeben. Den Antrag Kiel, die Jugendlichen gelegentlich zu gemeinsamen Veranstaltungen zusammenzuführen, um eine innigere Verbindung unter ihnen herzustellen, begrüße ich, doch sollte man solche Zusammenkünfte nicht von vornherein periodisch festlegen, sondern sich nach den praktischen Bedürfnissen in den einzelnen Bezirken richten. Der Zentralvorstand wie die Redaktion werden alles tun, um unserer Jugendbewegung vorwärts zu helfen. Wir werden auch in Zukunft Vortragsdispositionen für Veranstaltungen der Jugendlichen herausgeben, wie das auch für Veranstaltungen unserer älteren Kameraden geschieht. Auch Lichtbildervorträge werden auf diesem Gebiete gute Dienste leisten können. — Nun haben Sie das Wort zur Kritik. Schütteln Sie uns kräftig, wenn Sie es für angebracht halten; wir können schon einen Stoß vertragen. Aber seien Sie dabei gerecht; denn wer ohne Grund andere schüttelt, hat zu gewärtigen, daß er wieder geschüttelt wird. (Heiterkeit und Bravo!)

Kube ergänzt den gedruckt vorliegenden Bericht des Ausschusses durch kurze Ausführungen über die allgemeine Situation in den letzten beiden Jahren und hebt hervor, daß der Verbandsauschuß an den Maßnahmen des Vorstandes zur Durchführung der Kämpfe, die sich nicht immer genau an die Satzungen halten konnten, stets mitgewirkt habe und die Verantwortung für diese Maßnahmen mit übernehme. Die Maßnahmen waren eigentlich immer zwangsläufig. Nachdem die Inflation die Reserven des Verbandes aufgezehrt hatte, blieb nichts anderes übrig, als die Mittel bei den Lohnkämpfen zur Verteilung zu bringen, die zur Verfügung standen. Man kann wohl sagen, daß der Verband auch diese schwere Zeit gut überstanden und jedenfalls das Menschenmögliche in der Vertretung der Interessen seiner Mitglieder geleistet hat. Den Arbeitgebern ist es nicht gelungen, die Organisationen im Baugewerbe niederzurufen. Die Aussperrung der vergangenen Jahre ist abgefallen worden, und das war die Hauptsache. Alles andere kann nachgeholt werden. Dazu ist notwendig, daß der Verband wieder einen starken finanziellen Rückhalt bekommt. (Bravo!)

Wartens, Kiel, erstattet den Bericht der Generalrevisoren und beantragt im Anschluß daran, dem Kassierer Römer sowie dem Gesamtvorstand Entlastung zu erteilen. Es wird nun in die Diskussion der Berichte und der dazu vorliegenden Anträge eingetreten.

Vom Vorstand sind dem Verbandstag zu diesem Punkt folgende Resolutionen unterbreitet:

Entschließung zur Wohnungsfrage.

Der Verbandstag erblickt in der Beseitigung der ungeheuren Wohnungsnot eine dringende Aufgabe der Reichsregierung. Er stellt mit Bedauern fest, daß es die Reichsregierung bisher unterlassen hat, ein brauchbares Wohnungsbauprogramm aufzustellen, wie das in andern europäischen Ländern geschehen ist. Nur durch ein über mehrere Jahre sich erstreckendes Bauprogramm wird es möglich sein, den wirtschaftlichen und produktionswertenden Leerlauf in der Bauwirtschaft zu beseitigen und eine möglichst gleichmäßige und regelmäßige Beschäftigung der Arbeiter des Baugewerbes zu erreichen.

Der Verbandstag fordert deshalb, daß unverzüglich ein derartiges Wohnungsbauprogramm aufgestellt werde und daß die berufenen Vertreter der Gewerkschaften gemeinsam mit dem auf dem Boden der Gemeinwirtschaft stehenden Organisationen der Bauwirtschaft bei der Aufstellung dieses Bauprogramms hinzugezogen werden.

Der Verbandstag verlangt im Interesse der Wohnungslosen sowie der gesamten Arbeiterschaft des Baugewerbes, daß das in der Reichsverfassung aufgestellte Ziel — jedem Staatsbürger eine seinen Bedürfnissen entsprechende Wohn- oder Wirtschaftsheimstätte — schnellstens angestrebt wird.

Der Verbandstag verpflichtet die Baustellen, nach Maßgabe ihrer Kräfte alle Bestrebungen zu fördern, die sich die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft im Baugewerbe und in der baustoffherzeugenden Industrie zum Ziele gesetzt haben.

Mit aller Entschiedenheit protestiert der Verbandstag gegen die Verwendung der Erträge der Hauszinssteuer für den allgemeinen Finanzbedarf des Reiches und der Länder. Da die Beseitigung der Wohnungsnot und die Finanzierung des Wohnungsbaues nur mit Hilfe öffentlicher Mittel geschehen kann, müssen die von dieser Seite aufgebrachtene Erträge der Hauszinssteuer restlos für den Wohnungsbau verwendet werden.

Der Verbandstag fordert von der Regierung, daß den Forderungen der Gewerkschaften, ein Gesetz zu schaffen, das einen Registrierzwang für alle Kartelle, eine Offenlegung der Kartellvorschriften und ein Kartellaufsichtsamt vorzieht, in dem die Arbeiterschaft und Verbraucherschaft entsprechend vertreten sein muß, baldigt entsprochen wird.

Ebenso muß es Aufgabe der Regierung sein, mit möglicher Beschleunigung die von den Gewerkschaften und der Gesellschaft für Bodenreform eingebrachten Gesetzesentwürfe, die eine Spekulation mit Grund und Boden und Baugelände verhindern wollen, zu verabschieden.

Entscheidung zur Sozialpolitik.

In der Erkenntnis, daß die Arbeitskraft das kostbarste Gut des Volkes ist, dessen Erhaltung und Pflege die vornehmste Aufgabe von Staat und Gesellschaft sein muß, beurteilt der Verbandstag alle Bestrebungen, die darauf abzielen, die zum Schutze des Lebens, der Arbeitskraft und der Gesundheit der Arbeiter erlassenen, an sich höchst mangelhaften gesetzlichen Bestimmungen abzubauen.

Der Verbandstag protestiert gegen die Auffassung der Unternehmer, die in dem Abbau der Sozialgesetzgebung ein Mittel zur Wirtschaftsgesundung sieht.

Der Verbandstag fordert eine Vereinheitlichung der verschiedensten Gebiete der Sozialversicherung, unter Berücksichtigung der von den Gewerkschaften aufgestellten Forderungen auf Selbstverwaltung der sozialpolitischen Einrichtungen, unter gleichberechtigter Mitwirkung der Versicherten. Die staatliche Erwerbslosenunterstützung muß ihres fürsorgerischen Charakters entkleidet und durch die Erwerbslosenversicherung ersetzt werden, durch deren Leistung den Erwerbslosen eine nach Höhe und Dauer ausreichende Unterstützung zu gewähren ist, auf die nach der Reichsverfassung der Erwerbslose einen Rechtsanspruch hat.

Mit aller Entschiedenheit protestiert der Verbandstag gegen die bisherige Sonderbehandlung der Bauarbeiter bei der Erwerbslosenfürsorge; er fordert von den zuständigen Ministerien die Beseitigung der Bestimmungen des Reichsarbeitsministeriums vom 28. November 1919 und der Verfügung des Preussischen Wohlfahrtsministeriums vom 2. November 1925 sowie der Anordnung des Reichsarbeitsministers vom 30. März 1926 und damit volle Gleichberechtigung der Arbeiter des Baugewerbes mit den Arbeitern anderer Berufsgruppen.

In der Frage der Pflichtarbeit erneuert der Verbandstag die Beschlüsse des 23. Verbandstages in Eisenach und fordert, daß, soweit Notstandsarbeiten ausgeführt werden, den hierbei Beschäftigten der für Arbeiten gleicher Art geltende Tariflohn zu zahlen ist.

Der Verbandstag erblickt in der Ratifikation des Washingtoner Abkommens einen beachtenswerten sozialpolitischen Fortschritt für die Arbeiterschaft aller Länder; er fordert von der Regierung die beschleunigte Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes, von dem er erwartet, daß es die Sicherung des Achtstundentages für die Arbeitnehmer in vollem Umfange wieder herstellt.

Der Verbandstag protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die auf der Konferenz der Arbeitsminister in London vertretene Auffassung, wonach Artikel 5 des Washingtoner Abkommens auch auf das Baugewerbe anzuwenden sei. Der Verbandstag erblickt in dieser Auslegung eine Gefahr für den Achtstundentag im Baugewerbe; er macht es allen Verbandsmitgliedern zur strengsten Pflicht, sich energisch für die Erhaltung des Achtstundentages einzusetzen.

Entscheidung zur Jugend- und Lehrlingsfrage.

Die wirtschaftliche Lage unserer Lehrlinge und Jungkameraden erfordert mehr denn je die größte Beachtung durch unsern Zentralverband. Der Verbandstag verpflichtet die Baustellenvorstände sowie alle tätigen Organisationsmitglieder, sich einzusetzen für die Besserstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Lehrlinge, besonders aber für die tarifvertragliche Regelung des gesamten Lehrlingswesens, in erster Linie ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Mit Bedauern nimmt der Verbandstag Kenntnis von der Entwicklung der Rechtsprechung, die den Lehrvertrag vielfach als Erziehungsvertrag anspricht und demzufolge alle gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze des Arbeitsvertrages ausschaltet.

Erneut und mit Nachdruck erhebt der Verbandstag die Forderung, daß die Regelung des Lehrlingswesens einschließlich der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisation ist. Den Annahmen der Innungen und Unternehmerverbände, einseitig die Lehrlingsverhältnisse festzulegen, muß mit Entschiedenheit entgegengetreten werden, weil sie dem Gedanken der im Artikel 165 der Reichsverfassung niedergelegten Gleichberechtigung der beiderseitigen Organisationen widerspricht.

Der Verbandstag fordert von der Regierung, daß der Entwurf des Berufsausbildungsgesetzes entsprechend den Anträgen der Gewerkschaften geändert und schnellstens dem Reichstage zur Verabschiedung vorgelegt wird. Weiter wird verlangt, daß die berufliche Ausbildung der Lehrlinge in jeder Weise gefördert wird.

Die Berufsschule muß den Erfordernissen der Zeit entsprechend ausgestaltet und im Unterricht müssen mehr als bisher neuzeitliche Lehrweisen und Lehrmittel zur Anwendung gebracht werden. Dem Unterricht in Staatsbürger- und Lebenskunde soll genügend Raum gewährt und mehr als in der Vergangenheit soll im Unterricht auf die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen im öffentlichen Leben hingewiesen werden. Auch bei der Auswahl der Lehrkräfte müssen hierfür besonders geeignete Personen, wie Gewerkschaftsführer, Arbeiterssekretäre, mit herangezogen werden. Alle Bestrebungen der Unternehmervereinigungen, den Wirkungsbereich der Berufsschule einzuengen und den Unterricht in die Abendstunden zu verlegen, sind ebenso zu bekämpfen, wie die Bestrebungen auf Erteilung von Religionsunterricht an den Berufsschulen. Der Verbandstag fordert die reichsgesetzliche Regelung des Berufsschulwesens und unterstützt den Entwurf des von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Februar 1925 eingebrachten „Reichs-Berufsschulgesetzes“.

Ebenso wichtig erscheint dem Verbandstag die gesetzliche Regelung einer für die Jugend auskömmlichen Freizeit sowie einer jährlichen Ferienzeit, soweit diese nicht bereits durch Tarifvertrag geregelt ist. Der Verbandstag stellt sich auf den Boden der Forderungen der gewerkschaftlichen Jugendkonferenz und des Ausschusses der deutschen Jugendverbände und fordert:

- 1. Ausdehnung der Schutzbestimmungen für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter und Angestellte auf das Alter vom 14. bis zum vollendeten 18. Jahre.
2. Festlegung einer Arbeitswoche von höchstens 48 Stunden, einschließlich des Fachunterrichts und der Zeit, die für Aufräumungsarbeiten beansprucht werden können.
3. Beginn der sonntäglichen Arbeitsruhe mit Sonnabend mittag.
4. Festlegung ausreichender Arbeitspausen.
5. Verbot der Nacharbeit für Jugendliche.

Der Verbandstag verpflichtet die Baustellenverbände, im Sinne der Richtlinien für unsere Jugendabteilungen zu wirken und die Bestrebungen bezirklicher Zusammenkünfte der Jugendabteilungen in jeder Weise zu fördern.

Schiff, Berlin: Zu unserer Freude können wir feststellen, daß der Vorstand diesmal nicht, wie in Eisenach, die Mitglieder angegriffen hat, die einer andern politischen Richtung angehören. Schönfelder ist wohl inzwischen zu der Einsicht gekommen, daß auch wir in Berlin alles daran gesetzt haben, im Interesse der Baustelle zu arbeiten. Bei den Kämpfen im vorigen Jahre haben wir leider von unsern nationalen Verbindungen, vom ADGB, wenig Hilfe verspürt. In einzelnen Orten, zum Beispiel in Berlin, sind wir durch die Politik des Baugewerksbundes in den wirtschaftlichen Kämpfen kolossal benachteiligt worden. (Zuruf: Und dann wollt Ihr Euch ihm anschließen?) Durch das Vorgehen des Baugewerksbundes wurden wir in Berlin gezwungen, den allgemeinen Kampf zu beschließen. Gätten wir einen geschlossenen Industrieverband, so wäre die Bewegung wohl von vornherein einheitlich geführt worden. Wir bedauern es, daß man im vorigen Jahre den Kampf so plötzlich abgebrochen hat, anstatt ihn bis zum Ende durchzuführen. Ich bin überzeugt, daß auch dann die Organisation nicht zugrunde gegangen wäre. Auch hätten wir in dem Falle die Hilfe der andern Gewerkschaften in Anspruch nehmen sollen. Ich bedaure, wie gesagt, daß unsere Verbandsleitung im vorigen Jahre vor dem Feind zurückgeblieben ist in einer Zeit, wo es galt, die Herzen zu behalten. Die Berliner Zimmerleute wären bereit gewesen, auch noch 8 Tage ohne Unterstützung auszuhalten. In den sozialen Baubetrieben, deren Aufsichtsratsvorsitzender Paepow ist, werden unsere Kameraden schlimmer herangezogen als in kapitalistischen Betrieben. Sie sehen in diesen Betrieben keinen Fortschritt zur Sozialisierung, sondern Interessentriebe des Baugewerksbundes.

Bröse, Berlin: Schönfelder sagte gestern: Wir haben von keiner Seite Unterstützung zu erwarten, wir wollen den Klassenkampf gegen das Unternehmertum führen. Das sollte man nicht nur sagen, sondern auch praktisch durchführen. Gegenüber der fortschreitenden Konzentration der Unternehmer müssen auch wir uns im Industrieverband zusammenschließen. Jetzt erleben wir tagtäglich Geminnungen vom Baugewerksbund, weil wir als Sondergruppe dastehen. Wären wir im Baugewerksbund, so könnten Paepow und Genossen nicht mehr gegen uns ankämpfen, sondern hätten die Pflicht, sich mit aller Macht für die Interessen der Zimmerer einzusetzen. Wenn dieser Verbandstag den Anschluß an den Baugewerksbund beschließen würde, würden die Unternehmer zittern. (Rachen.) Die Unterstützung der Erwerbslosen ist nicht unsere Aufgabe, sondern Aufgabe der Regierung. Die Mittel dafür sollten wir zum Kampf gegen die Reaktion verwenden.

Müller, Berlin: Es wäre leicht, unsere finanziellen Verhältnisse wieder günstig zu gestalten, wenn man der Hauptkategorie die schwere Last der Erwerbslosenunterstützung abnehmen würde. Diese Unterstützung, die in Dresden 1905 beschlossen wurde, sollte in Dresden 1926 wieder begraben werden. (Widerspruch.) Wir in Berlin haben mit 2,50 M wöchentliche Unterstützung 9 Wochen gestreift. Selatomben von Opfern haben die Zimmerleute in den letzten Kämpfen auf sich genommen. Ich wünsche, daß alle Baustellen Deutschlands auf dem Standpunkt der Berliner stehen würden, dann würden wir schnell aus der Finanzmisere herauskommen.

Schönfelder: Die Angriffe auf Paepow, der als Gast hier ist, hätten unterbleiben müssen. Aber Paepow ist wohl nicht so empfindlich, und er wird auch etwas Verständnis in diesen Ausführungen gefunden haben, da ja die Redner trotzdem mit vollem Herzen zum Baugewerksbunde hinstreben. (Seiterkeit. — Paepow: Wenn die Berliner kommen, nehme ich Abschied!) Ich glaube, Paepow wird sich das noch überlegen und wird die Zimmerer auch mit den Berlinern nehmen. Es scheint doch, daß unser Magen noch kräftiger ist als der des Baugewerksbundes; denn wir können die Berliner vertragen. (Große Seiterkeit. — Zuruf Paepows.) Also Paepow hat mit seinen Worten gemeint, daß beim Anschluß der Zimmerer das Ziel seiner Sehnsucht erfüllt wäre und er dann getrosten Mutes in den Aufstand treten könnte. (Paepow: Ich schmeiße niemand

mehr heraus; Ihr könnt unbeforgt alle kommen!) Sie sehen also, daß Paepow sich ernstlich vorgenommen hat, moralische Eroberungen bei den Zimmerern zu machen. (Seiterkeit.)

Wallh, Chemnitz: Der letzte Verbandstag hatte beschlossen, daß die Erwerbslosenunterstützung am 1. Juli 1925 wieder in Kraft gesetzt werden solle. Der Vorstand führte sie schon am 1. April wieder ein. Diese Verletzung der Beschlüsse hätte unterbleiben können, da kann von einem Druck der Verhältnisse nicht gesprochen werden. Die Angelegenheit der ausgeschlossenen Kameraden ist einer Kommission überwiesen. Ich will hier nur feststellen, daß die Kameraden ausgeschlossen worden sind, ohne selbst gehört zu werden. In der Frage der Beseitigung der Wohnungsnot hat der ADGB nicht das Nötige getan. Es gibt wohl Mittel, sie zu lösen. Ich erinnere an die 2 1/2 Milliarden Kistenabfindung. Auch brauchten nur 10 % vom Volkvermögen genommen zu werden, dann wäre die Wohnungsfrage gelöst. In bezug auf das Lehrlingswesen sollten wir dafür eintreten, daß an den Berufsschulen die Lehrlinge auch in der sozialen Gesetzgebung, insbesondere im Bauarbeiter-schutz, unterrichtet werden. Die Lehrlingszuchterei nimmt bei uns bald so überhand wie bei den Vätern und Fleischern.

Dressel, München, betont ebenfalls die Notwendigkeit der Regelung der Lehrlingsfrage im Baugewerbe. Innerhalb des kapitalistischen Staates können die Interessen der Arbeiter niemals voll gewahrt werden. Wenn der Kamerad von der Wal gefiern so stolz davon sprach, daß die Kameraden in Holland es fertiggebracht haben, den Achtstundentag zu halten, so werden die Holländer das nächste Mal sicher das Mittel der englischen Bourgeoisie, die technische Notthilfe, vorfinden und werden durch ihre einfache Geschlossenheit das Ziel nicht erreichen können. Der rein gewerkschaftliche Kampf genügt nicht (Zuruf: Das sagt auch niemand!); wir müssen uns darüber klar sein, daß der kapitalistische Staatsapparat nichts anderes ist als das ausführende Organ der Kapitalistenklasse. Die bisherige Taktik wird nur dazu führen, daß die Nationalisierung der Wirtschaft, die jetzt in Deutschland begonnen hat, allein auf Kosten der Arbeiterschaft durchgeführt wird.

Morgenstern, Leipzig: Nach den bisherigen Reden ist alles, was wir bis jetzt gemacht haben, nichts gewesen. (Zuruf: Gut!) Die Erwerbslosenunterstützung, für deren Abschaffung Brose eintrat, wird auch von den Kameraden seiner Richtung gern genommen. Der Redner befürwortet weiter einen Antrag seiner Baustelle, die Redaktion des „Zimmerer“ zu beauftragen, neben den wirtschaftlichen auch Fachartikel erscheinen zu lassen. Dadurch würden auch die Kameraden, die sich für Politik nicht interessieren, mehr Interesse an dem „Zimmerer“ gewinnen.

Caspar, Bremen: Wir würdigen die Tätigkeit des Zentralvorstandes in der letzten Geschäftsperiode. Wenn wir im vorigen Jahre dem berechtigten Wunsch der Kameraden, mit den Löhnen vorwärtskommen, in derselben Weise hätten Rechnung tragen wollen wie andere Baustellen, würden wir vielleicht auch Ursache gehabt haben, Kritik zu üben, daß wir nicht zu unserm Recht gekommen sind. Aber wir haben im Interesse des Gesamtverbandes Gewehr bei Fuß gestanden. — Die Statutenberatungskommission sollte sich reichlich überlegen, ob nicht in irgendeiner Form den Ausgesteuerten geholfen werden könnte. Viele davon werden vielleicht im nächsten Winter wieder arbeitslos und hätten dann keinen Anspruch auf Unterstützung. In der Entscheidung zur Lehrlingsfrage sollte das Wort „tätige“ in der zweiten Zeile gestrichen werden. Es ist überflüssig, weil alle Mitglieder der Organisation tätige Mitglieder sind; es könnte zu dem Mißverständnis Anlaß geben, daß nicht alle Kollegen verpflichtet wären, diese Entscheidung durchzuführen.

Ege, Frankfurt, wünscht, in Vertretung eines Antrages seiner Baustelle, daß die im „Jung-Zimmermann“ behandelten Probleme mehr dem Auffassungsvermögen der jungen Kameraden angepaßt werden. In der Entscheidung zur Wohnungsfrage ist unser Standpunkt klar gekennzeichnet, und damit werden auch die Angriffe auf die sozialen Baubetriebe, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Herstellung von Bauten und die Erzeugung von Baustoffen im gemeinwirtschaftlichen Sinne durchzuführen, vom Verbandstag zurückgewiesen. Auch an der Durchführung einer vernünftigen Bodenreform haben wir als Wohnungsempfänger großes Interesse. Kinderkrankheiten hat auch die Bewegung auf Herbeiführung der Gemeinwirtschaft im Wohnungsbauwesen ebenso durchzumachen wie früher die Konsumvereinsbewegung und andere Zweige der Arbeiterbewegung. Deshalb soll man nicht die Idee verbrennen, sondern soll nur dafür sorgen, daß ungeeignete Elemente aus der Bewegung entfernt werden. — Gegenüber den Ausführungen der Berliner Kameraden verweise ich darauf, daß ein vom Vorstand der Baustelle Berlin im Jahre 1924 herausgegebenes Verbesugblatt auch folgenden Satz enthielt: „Die Klassenverhältnisse des Verbandes sind . . . gut aufgebessert, so daß zu erwarten ist, daß auch bald die sozialen Unterstellungen wieder eingeführt werden.“ (Hört! Hört!) Ich hoffe, daß der Verbandstag einstimmig hinter diesem Flugblatt der Berliner Baustelle steht. (Sehr gut!) In andern Verbänden, wie zum Beispiel dem Buchdrucker-Verband, der gestern hier sein 60jähriges Jubiläum feierte, streitet man über diese Frage überhaupt nicht mehr; da gehört die Erwerbslosenunterstützung genau so zu den Verbandseinrichtungen wie die Streikunterstützung, weil sie eben einen Kitt darstellt, um die Mitglieder vor Not zu schützen. (Beifall.)

Frohlich, Leipzig, tritt für den Ausbau der Lehrlingsabteilung zur Jugendabteilung ein. Zu den Veranstaltungen der Jugendlichen sollte auch das weibliche Geschlecht herangezogen werden; wir haben das versucht und haben gute Erfolge damit gehabt.

Kühn, Braunschweig, tritt unter Bezugnahme auf Differenzen mit dem Baugewerksbund für einen Antrag seiner Baustelle ein, den sozialen Bauhütten vom Zentralvorstand keinerlei Gelder zur Verfügung zu stellen. — Bei beruflichen Notstandsarbeiten verlangen wir Bezahlung nach den Tariffäden des Berufs. Vielfach versucht man, die Zimmerer nach dem Tarif der Gemeinbauarbeiter zu bezahlen. — Mit dem Polierbund haben wir in Braun-

schweig fett Jahren einen Kampf zu führen. Wir sollten dahin wirken, daß er wegen seiner unsozialistischen Handlungsweise vom AFA-Bund ausgeschlossen wird. In der letzten Zeit verlangt der Polierbund von uns, daß wir verpflichtet wären, mit seinen Mitgliedern zu arbeiten, selbst wenn sie Streikbruch begangen haben.

Denker, Delmenhorst: Unser Kampf liegt nicht allein auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern wir sollten besonders auf dem platten Lande uns auch mehr um die politische Aufklärung der Kameraden kümmern. — Die Frage des Anschlusses an den Baugewerksbund sollte nicht über's Knie gedroht werden. — Trotzdem wir bei unserer Bauhütte das hineingesteckte Geld verloren haben, trete ich als Genossenschaftler doch dafür ein, daß diese Bewegung gefördert wird. Es muß nur dafür gesorgt werden, daß die richtigen Leute auf den richtigen Posten kommen. — Die sozialen Unterstützungen sind wichtig, um Kreise, die sonst nicht leicht für unsere Sache zu haben sind, zu gewinnen.

Frey, Heilbronn: Die Kameraden, die den Bauhüttenbetrieben die Gelber der Zentrale entziehen wollen, wissen jedenfalls nicht, wie schwer diese Betriebe unter der Bekämpfung des Kapitals zu leiden haben. Wir würden damit ein Werk begraben, das wir selbst mit haben schaffen helfen.

Oschatz, Leipzig: Gegenüber den Rüstungen der Unternehmer, auf die Schönsfelder hinwies, müssen auch wir alles tun, damit wir nicht wieder gezwungen werden, einen Kampf aus Mangel an Mitteln abbrechen zu müssen. Man sollte uns hier nicht mit solchen Phrasen kommen, als ob die Unternehmer zittern, wenn wir uns dem Baugewerksbunde anschließen. Ich behaupte im Gegenteil, wenn wir im vergangenen Jahre mit dem Baugewerksbund zusammengeschlossen gewesen wären, hätten wir vielleicht heute schon die 54-Stunden-Woche. — Die Unternehmer wußten im vorigen Jahre genau, daß wir einen noch längeren Kampf nicht hätten durchhalten können. Wer das weiß, kann heute nicht Kritik üben an den Verhandlungen, die auf Grund der ganzen Situation gezwungen waren, den Kampf zu Ende zu bringen. Die Berliner sollten nicht so tun, als wenn sie allein der Verband wären.

Schmidt, Magdeburg: Meine Kameraden sind mit den Maßnahmen des Zentralvorstandes völlig einverstanden gewesen. Wir haben es verstanden, daß außerordentliche Verhältnisse außerordentliche Maßnahmen erfordern. Wir sehen in den Maßnahmen des Zentralvorstandes nicht Worte, sondern Taten. Ich will anerkennen, daß die Kameraden von Berlin ihre Schuldigkeit getan haben; aber sie haben es zum Beispiel nicht fertiggebracht, trotzdem sie immer gegen die Affordarbeit reden, die Affordarbeit in Berlin zu beseitigen. In der Gewinnung der Lehrlinge haben wir in Magdeburg gute Erfolge gehabt. Die Wobellierarbeiten haben sich als gutes Mittel erwiesen, um die jungen Kameraden heranzuziehen.

Remde, Hannover: Daß die Berliner Kameraden nach der Schilderung, wie sie vom Baugewerksbund behandelt werden, für den Anschluß an ihn eintreten, verstehe ich nicht. Wenn die Verhältnisse dazu reif sind, wird auch diese Frage ventilert werden müssen. Aber wir wollen nicht denken, daß wenn wir mit den andern Verbänden zum Baugewerksbund verschmolzen sind, wir bei Kämpfen auf eine so große Opferwilligkeit der andern rechnen können, wie wir sie bisher von unsern Kameraden verlangt haben. — Die Bauhütten können uns bei den zukünftigen Lohnkämpfen sicher eine ganze Masse helfen, das beweisen schon die Angriffe der Arbeitgeber auf die Bauhütten. — Der Lehrlingszuchterei muß entschieden entgegengetreten werden. Es ist verständlich, daß die jungen Leute ein Handwerk zu erlernen suchen; aber wir dürfen auch unsern Beruf nicht überfluten lassen, damit wir nicht noch mehr Arbeitslose bekommen.

Schneider, Neugersdorf: Wir haben nichts gegen den Bericht des Vorstandes einzutenden. — Zu begrüßen ist es, daß sich die Artikel über das Genossenschaftswesen im „Zimmerer“ vermehrt haben; sie werden hoffentlich viele Mitglieder veranlassen, ihre Einkäufe nur noch in Konsumvereinsgeschäften zu machen. — Ich bin nicht für Ablehnung der Erwerbslosenunterstützung; aber früher steckte doch in den Gewerkschaften ein ganz anderer Geist, als sie wirklich nur Kampforganisationen waren. Der Redner tritt weiter dafür ein, daß sich der Zentralvorstand der Notwendigkeit anschließen solle.

Schl, Erfurt, befürwortet einen Antrag auf Herausgabe eines Rotationalers durch den Verband als Agitationsmaterial. Kleinere Zahlstellen, die in unmittelbarer Nähe einer großen Zahlstelle liegen, sollten mit dieser verschmolzen werden. Die Kameraden der Zahlstelle Herbstleben zum Beispiel arbeiten zu 95 % in Erfurt, verfolgen aber in der Beitragsfrage ihre eigene Politik. Sie nehmen wohl die Erfolge der Lohnverhandlungen Erfurts mit für sich in Anspruch, aber für die Organisation leisten sie gar nichts. — Die Gauleiter sollten wieder auf Gauleitungen gewählt werden und nicht auf dem Verbandstag, damit das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder gewahrt bleibt. — Wichtig ist, daß die Bauhütten in Deutschland zum überwiegenden Teil nur Körper des Baugewerksbundes sind und die Zimmerer in diesen Betrieben nur als Anhängsel des Baugewerksbundes betrachtet werden. — Um auf dem Gebiete der Lehrlingsverordnung weiterzukommen, sollte den Zahlstellen von der Zentrale oder den Gauleitungen aus mehr Material und Anweisungen zugestellt werden.

Wriege, Aschersleben, betont, daß auch die Ansichten einer Minderheit sich schon oftmals nachträglich als richtig erwiesen hätten. — Für die Erwerbslosen zu sorgen, sei der Staat verpflichtet. Dieser hätte die Aufgabe, allen Proletariern vom 50. Lebensjahre an eine ausreichende Rente zu gewähren. Dann würden auch alle jüngeren Arbeitnehmer Beschäftigung finden, die heute stellunglos herumlaufen müssen. — Tarife sollten nur für kurze Frist abgeschlossen werden und nicht bindend für eine Reihe von Jahren; denn sie sind uns im Moment einer guten Konjunktur hinderlich.

Steinfeldt, Hamburg: Der Zentralvorstand kann sich zu der bisherigen Debatte beglückwünschen; denn irgendwelche ernsthafte Kritik an seiner Haltung ist nicht geübt worden. Wenn Schill meinte, die Bewegung im vorigen

Jahre wäre ganz anders ausgelaufen, wenn wir schon den Industrierwerbungsband gehabt hätten, so verweise ich darauf, daß der Baugewerksbund doch schon eine Industrieorganisation darstellt und daß die Zimmerer im übrigen Schulter an Schulter mit ihm gekämpft haben und daß die Beschlüsse einheitlich gefaßt wurden. Glaubt ferner Schill wirklich, daß, wenn die Bewegung noch 8 Tage länger gedauert hätte, sie zu einem andern Ergebnis geführt hätte? Wenn die Abmachung nicht gekommen wäre, so wären innerhalb 8 Tagen höchstwahrscheinlich noch weitere Gebiete in den Kampf hineingezogen worden (Sehr richtig!), und dann wäre die Sache wahrscheinlich noch schlechter ausgelaufen. Nach den Erfahrungen in Hamburg muß ich sagen, daß es in der letzten Zeit auch im Interesse des Baugewerksbundes lag, daß die Zimmerer noch ihre eigene Organisation hatten. Ich erinnere an die Auseinandersetzung mit dem Verband der Ausgeschlossenen. Die gesamten Tiefbauarbeiter waren in Hamburg überhaupt nicht mehr organisiert, auf den Bauustellen haben die beiden Gruppen sich gegenseitig bis aufs Messer bekämpft. Wir waren in diesem Streit der ruhende Pol, der dafür sorgte, daß eine einheitliche Bewegung zustande kam. Wir wollen in der Anschlussfrage die richtige Zeit abwarten, und erst, wenn es so weit ist, die Konsequenzen ziehen. Der Lehrlingsbewegung müssen wir das größte Verständnis entgegenbringen, vor allem auch der Organisation der Lehrlinge im Verbandsrat mehr Aufmerksamkeit schenken. Das wird gute Früchte für die Zukunft tragen; denn die Jugendlichen sind es, die unser Werk später fortsetzen sollen! In der Wohnungsfrage ist es einfach ein Übel, daß immer noch Hunderttausende von Familien keine eigene Wohnung haben und auf der andern Seite so viele Bauarbeiter, die Wohnungen schaffen könnten, arbeitslos sind. Die Wirtschaft kann nur durch Belebung des Baumarktes wieder in Gang gebracht werden; denn das Baugewerbe ist eine Schlüsselindustrie. Wir müssen also von hier aus einen Appell an alle zuständigen Stellen richten, daß noch weit mehr für den Wohnungsbau getan werden muß. Die Mietzinssteuer muß ganz für den Wohnungsbau mobilgemacht werden. (Bravo!)

Weigel, Juidau, hält den Anschluß an den Baugewerksbund für eine Notwendigkeit, mindestens der nächste Verbandstag sollte diesen Zusammenschluß durchführen. — Der Abbau der Streikunterstützung in den letzten Kämpfen hat große Beunruhigung in den streikenden Bezirken hervorgerufen. Als der Kampf in den Bezirken Freistaat und Provinz Sachsen bevorstand, hätte dafür gesorgt werden müssen, daß die Berliner solange in den Betrieben blieben. Dann wäre diese weitgehende Kürzung der Streikunterstützung nicht notwendig gewesen. Es sollten daher bei Entscheidungen über Lohnbewegungen die Vertreter der in Betracht kommenden Bezirke mit herangezogen werden, um solche Vorkommnisse in Zukunft zu verhindern, die nur durch den großen Opfermut der Kameraden noch gut ausgegangen sind. — In der Polierfrage hat der Verbandstag die Aufgabe, eine bessere Lösung herbeizuführen. Große Verliebtheit hat die Stellung des „Zimmerer“ zum Bauarbeiter bei unsern Kameraden erreicht. — Das Bauhüttenwesen sollte der Verbandstag noch einmal prüfen. In verschiedenen Städten besteht noch ein gewisses Mißtrauen gegen die Bauhütten, das beseitigt werden muß.

Gladitz, Dessau: Die gegenwärtige Krise ist vor allem auch auf eine große Ueberorganisation der Industrie zurückzuführen. — Für einen Abbau der Erwerbslosenunterstützung zu diesem Zeitpunkt bin ich nicht, aber wir dürfen sie auch nicht weiter ausbauen. Dessau hat im vorigen Jahre für die große Bewegung eigentlich den Anlaß gegeben. Die Kameraden sind in den Streik getreten und haben dafür bittere Vorwürfe vom Vorstand bekommen. Aber wir hielten es für notwendig, die Gelegenheit, die sich uns bot, zu benutzen. Die Kürzung der Streikunterstützung war vorauszusetzen; wenn wir sie willig auf uns genommen haben, so hat daran die Bauhüttenbewegung auch einen Verdienst. Bei uns haben 35 bei der Bauhütte beschäftigte Kameraden 225 M während des neunwöchigen Streiks an die Lokalkasse zur Unterstützung der Streikenden abgeführt. (Bravo!) Wären diese Kameraden bei Privatunternehmern beschäftigt gewesen, so hätten sie in den 9 Wochen bei 15 M wöchentlich Unterstüttung — denn es werden von der Bauhütte gerade verheiratete Arbeiter mit großem Familienstand bezogen — die Zentrale mit 3025 M Streikunterstützung belastet. — Zur Frage Berufs- oder Industrieverband ist festzustellen, daß die reinen Berufsorganisationen die Zeit der Inflation und der Stabilisierung am besten überstanden haben. An der Spitze marschiert dabei der Zimmererverband. Keine andere Organisation hat ihre Mitgliederzahl so auf der Höhe erhalten können wie wir.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Es folgen die Schlussworte.

Schönsfelder: Es lohnt sich nach der Debatte fast gar nicht, ein Schlusswort zu halten. Manches, was hier an Kritik ausgeführt wurde, hat sich nicht gegen uns, sondern gegen andere gerichtet, oder hätte zu andern Punkten der Tagesordnung gehört. Anscheinend hatten also die Kameraden nicht genügend Stoff für ihre Kritik am Zentralvorstand. Ich freue mich, daraus entnehmen zu können, daß die recht einschneidenden Maßnahmen der Verbandsinstanzen in den letzten beiden Jahren bei dem Gros der Verbandsmitglieder das nötige Verständnis gefunden haben.

Kun zu den Ausführungen der einzelnen Redner. Schill hatte den Eindruck, als ob ich zu der Einsicht gekommen wäre, daß meine Einstellung in Eisenach gegenüber den Berlinern nicht die richtige gewesen sei. Alles zu seiner Zeit! In Eisenach war es notwendig, daß der Verbandstag zu gewissen Dingen Stellung nahm und eine Entscheidung faßte, und der Tatsache, daß das geschehen ist, verdanken wir es wahrscheinlich, daß es auf diesem Verbandstag etwas anders hergeht. (Zurufe bei den Berlinern.) Wir wollen uns doch ehrlich aussprechen. Eure Kritik wird nicht geschöpft aus den Ereignissen im Verbandsrat. Augenblicklich hat bei der AFD wieder einmal die Parole der praktischen Einstellung auf sachliches Mitarbeiten in den Gewerkschaften die Oberhand. Dafür hat man noch nicht den richtigen Boden gefunden, und Ihr werdet sicher allmählich zu der Ueberzeugung kommen, daß wenn Ihr dieser neuesten Anweisung der AFD folgen wollt, Ihr auch nichts anderes machen könnt als die andern Gewerkschaftsmitglieder. Also

nicht ich bin zu einer andern Ansicht seit Eisenach gekommen, sondern Ihr habt mittlerweile einen andern Boden unter die Füße bekommen. — Die Auffassung der Berliner Kameraden, im August vorigen Jahres hätte der Entscheidungskampf gewagt werden müssen, ist falsch. Ein solcher Schritt bedarf immer sorgfältigster Ueberlegung. Man kann sich auf einen Entscheidungskampf nur einlassen, wenn die Aussichten auf Erfolg günstig sind. Das war im August vorigen Jahres sicher nicht der Fall, und die Berliner Zahlstelle selbst hat es sehr gern gesehen, daß wir gegen ihren Willen damals das Abkommen getroffen haben. Wenn Schill behauptet, die Berliner Kameraden hätten auch gern ohne Unterstützung gestreikt, so kann ich das nach den Erfahrungen, die wir in Eisenach mit Berlin gemacht haben, nicht glauben; denn damals verlangten die Berliner, unbekümmert um die Not aller andern Zahlstellen, daß ihnen große Summe bewilligt werden sollten. Also das sind hohle Phrasen! Wenn man behauptet, es wäre für uns in der Bewegung von Vorteil gewesen, wenn wir schon mit dem Baugewerksbund verschmolzen gewesen wären, dann wären einheitliche Beschlüsse zustande gekommen, so fragt es sich doch noch sehr, ob Euch dann diese Beschlüsse gefallen hätten; denn das wären dann natürlich die Beschlüsse gewesen, die jetzt der Baugewerksbund gefaßt hat. Dieser Standpunkt der Berliner ist also durchaus unlogisch. Wally kritisierte die frühere Inkraftsetzung der Erwerbslosenunterstützung. Ob der Beschluß damals richtig war, darüber kann man verschiedener Meinung sein, aber mit dem Eisenacher Beschluß stand er jedenfalls nicht im Widerspruch. Im übrigen mußten wir im Frühjahr vorigen Jahres eine großzügige Agitation einleiten, und dazu schien uns das Mittel der Wiederinkraftsetzung der Erwerbslosenunterstützung besonders geeignet. — Ueber die Affordarbeit in Berlin habe ich nicht gesprochen, sondern der Redner aus Magdeburg. Hier hätten die Berliner ein großes Arbeitsgebiet; denn niemals ist der Arbeiter den Kapitalisten so willfährig, wie während der Affordarbeit. (Sehr richtig!)

Der Redner beschäftigt sich des Weiteren mit den vorliegenden Anträgen. In der Frage der sozialen Bauhütten kann es bei dem Beschluß bleiben, den wir auf dem letzten Verbandstag gefaßt haben. Wir haben erklärt, daß diese Bewegung im Interesse der Arbeiter liegt, daß wir bereit sind, daran mitzuarbeiten, daß wir uns aber dabei nicht so festlegen wollen, daß die Kampfkraft unseres Verbandes irgendwie dadurch beeinträchtigt wird. Ob die auf diesem Gebiete bestehenden Richtlinien sich bewähren, werden wir abwarten müssen. Bei einem vernünftigen Zusammenarbeiten mit den sozialen Baubetrieben werden Wege gefunden werden, wie man am besten miteinander auskommt. Feindselig, gegnerisch dürfen wir uns ihnen nicht gegenüberstellen, und ich bin auch der Meinung, daß wir diesen Betrieben gegenüber von etwas andern Erwägungen ausgehen müssen als gegenüber kapitalistischen Unternehmungen. — Ueber die Frage der Anstellung der Gauleiter haben wir uns in Eisenach lange unterhalten. Der Beschluß, sie alle 2 Jahre wählen zu lassen, hatte sich als nicht richtig erwiesen, und so wurde die Aenderung herbeigeführt, daß sie vom Zentralvorstand angestellt werden, aber im Einverständnis mit den Zahlstellen, die sie zu betreuen haben. Ich bitte, es dabei bewenden zu lassen. Im übrigen glaube ich aus der Debatte schließen zu können, daß Sie im allgemeinen mit der Tätigkeit des Zentralvorstandes einverstanden gewesen sind. Auch der neue Zentralvorstand wird keine andere Politik treiben können. Auch in Zukunft wird jedes Mitglied des Zentralvorstandes seine Pflicht tun, wie wir es in den verflochtenen 2 Jahren mit allem Ernst und in aller Ruhe und Sachlichkeit versucht haben. (Lebhafter Beifall.)

Wolgast geht auf die Anträge zur Presse ein. Den Antrag Kiel, umfangreiche lassengeschäftliche Mitteilungen im Sonderdruck bekanntzugeben, um den Raum des „Zimmerer“ für allgemein interessierende Fragen des Wirtschaftslebens mehr freizustellen, wie wir das schon 1924, als der „Zimmerer“ nur vierseitig herauskam, getan haben, bitte ich anzunehmen, doch müssen die Zahlstellenvorstände dann gehalten sein, den Revisoren Einsicht in diese Mitteilungen zu geben. Dagegen ist gerade in der gegenwärtigen Zeit der großen Arbeitslosigkeit der Antrag, die statistischen Erhebungen statt monatlich, nur vierteljährlich zu veröffentlichen, nicht annehmbar. Diese Feststellungen müssen immer möglichst schnell erfolgen und auch möglichst schnell veröffentlicht werden. Außerdem müssen wir die Ergebnisse der Statistik sofort dem ADGB und dem Arbeitsministerium übermitteln. Zu den Anträgen, die wünschen, daß Warnungen vor Zugung usw. in Zukunft nicht mehr im „Zimmerer“ veröffentlicht werden dürfen, empfehle ich, daß der Verbandstag den Zahlstellen nahelegt, von solchen Anzeigen möglichst abgesehen, sie nur in ganz dringenden Fällen der Redaktion zu übermitteln und dieser die Entscheidung über die Dringlichkeit zu überlassen. Der Wunsch, die im „Jung-Zimmermann“ behandelten Probleme dem Auffassungsvermögen aller jungen Kameraden anzupassen, ist nicht so leicht zu erfüllen, insbesondere bei den fachtechnischen Fragen. Wir können nicht besondere Artikel für die Lehrlinge im ersten Lehrjahre und für die im zweiten und dritten Lehrjahre schreiben. Jedenfalls suchen wir nach Möglichkeit allen drei Jahrgängen gerecht zu werden. Wenn ein Antrag aus Burgstädt verlangt, daß wir uns in Zukunft jeder Stellungnahme gegenüber den Fremdschächten enthalten, so haben wir auch nicht die Absicht, in diese einzelnen Verbindungen einzugreifen. Wir tun das nur, wenn wir als Verband dazu gezwungen werden im Interesse der jungen Kameraden. Dem Antrag auf Ausbau der Lehrlingsabteilung zur Jugendabteilung bitte ich, wie gesagt, zuzustimmen, und zwar unter Streichung der in dem Antrag selbst vorgesehenen Grenze von 20 Jahren. Ein Antrag Kiel wünscht, daß mindestens alle zwei Jahre eine Zusammenkunft aller Jungkameraden in den einzelnen Gauen veranstaltet wird. Ich bitte, dem Antrag zuzustimmen mit der Einschränkung, daß das nach Möglichkeit geschehen soll. Gegen die Streichung des Wortes „lätigen“ in der Entscheidung zur Lehrlingsfrage habe ich nichts einzuwenden. Daß in dem Berufsschulunterricht auch Sozialpolitik und Arbeiterschutz berücksichtigt wird, halte ich für selbstverständlich. Wir fordern ja, daß in diesen Berufsschulen auch Lehrkräfte aus Gewerkschaftskreisen eingestellt werden. Diese Gewerkschaftsfunktionäre und Arbeitersekretäre werden dann darauf hinzuwirken haben, daß alle von uns für notwendig

gehaltenen Gebiete dort gelehrt werden. Wegen einem Versuch, auch das weibliche Geschlecht bei Veranstaltungen der Jugendbrigaden, wie Bildvorträgen, heranzubilden, ist wohl nichts einzuwenden; wir werden sehen, was für Erfahrungen wir damit machen. Ich freue mich, daß dieser Verbandstag unserer Jugendbewegung zu großes Interesse entgegengebracht hat. Der Kern dieser Bewegung muß in den Jahrestellen liegen, dann werden wir auch vorankommen. Hoffentlich haben wir in Zukunft mehr Ruhe, uns diesen Fragen zu widmen. Wenn wir einmal eine Reihe von jungen Kameraden durch die gewerkschaftlichen Bildungskurse geschickt haben, werden wir auch mehr Kräfte zur Verfügung haben, die wir in diese Bewegung hineinwerfen können, um ihr einen größeren Auftrieb zu geben. Ich bitte Sie, in Zukunft noch mehr als bisher Ihre ganze Kraft auch für die Jugendbewegung einzusetzen.

Römer und Kube verzichten auf ihr Schlusswort. Der Antrag der Revisoren, dem Kassierer und dem Gesamtvorstand Entlastung zu erteilen, wird gegen 3 Stimmen angenommen.

Ebenso werden die Entschlüsse zur Wohnungsfrage, zur Sozialpolitik sowie zur Jugend- und Lehrlingsfrage, diese unter Streichung des Wortes „tätige“ im ersten Absatz, angenommen. Auf Wunsch von Wolgast wird hinter der Ziffer 5 dieser Entschlüsse noch eingefügt: „Außerdem fordert der Verbandstag, daß aus den Lehrverträgen gemäß Artikel 159 der Reichsverfassung alle die Vereinigungsfreiheit einschränkenden Bestimmungen entfernt werden.“

Dadurch sind eine große Reihe von Anträgen erledigt. Die übrigen in der Debatte erwähnten Anträge werden nach den Vorschlägen der Vorstandsvertreter angenommen respektive abgelehnt. Ein Antrag Jena auf Entsendung einer Delegation nach Rußland zur Informierung über die Lage der russischen Arbeiter wird mit großer Mehrheit abgelehnt, nachdem Schönfelder darauf hingewiesen hat, daß das Sache des ADGB sei, der zweifellos solche Studienreisen veranlassen werde, sobald die von ihm geforderten Garantien erfüllt seien, daß die betreffende Kommission mit eigenen Dolmetschern und unter eigener Führung sich in Rußland unterrichten könne. Zu einem weiteren Antrag Chemnitz-Zwickau, dem englisch-russischen Einheitskomitee beizutreten, erklärt Schönfelder, daß auch das eine Frage sei, mit der sich der ADGB und der IGB, Amsterdam beschäftigt; es sei nur zu wünschen, daß das Ziel, eine große einheitliche internationale Gewerkschaftsbewegung herzustellen, möglichst bald erreicht werde. Das werde aber nicht dadurch gefördert, daß hinter dem Rücken der verantwortlichen Bundesleitung andere Körperschaften durch eigenes Vorgehen zu einer Zersplitterung der Einheitsbewegung beitragen. — Der Antrag wird im Hinblick auf diese Erklärung ebenfalls mit großer Mehrheit abgelehnt. Desgleichen ein Antrag auf Beitritt des Zimmererverbandes zur Roten Hilfe.

Am Schluß dieses Verhandlungstages wird noch der Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen, aus dem hervorgeht, daß 187 Vertreter auf dem Verbandstag anwesend sind, daß von den Delegierten das älteste Mitglied, der Kamerad Knüpper, Berlin, mit 42 Jahren Verbandzugehörigkeit ist, und daß außer ihm fast 100 Delegierte eine Verbandzugehörigkeit von 20 Jahren und darüber bis zu 40 Jahren verzeichnen können.

Der zweite Verhandlungstag beschäftigte sich mit dem dritten Punkt der Tagesordnung: Lohnbewegungen, Lohnkämpfe und Verhandlungen über den Reichstarifvertrag. Die Referate dazu wurden von Ede und Wolgast gehalten.

Ede: Ueber die Lohnbewegungen ist gestern bereits viel geredet worden. Ich kann mich daher sehr kurz fassen. Die letzte Zeit war für unsern Verband eine Periode ununterbrochener Kämpfe, sie wird gekennzeichnet durch den festeren Zusammenschluß der Unternehmer im Baugewerbe, durch den wachsenden Einfluß der Industriellen auf das Baugewerbe, durch die 1924 in Kraft getretene Arbeitszeitverordnung und durch die Auswirkung der Stabilisierung. Unsere Hauptaufgabe 1924 war die Erhaltung des Achtstundentages. Diese Kämpfe wirken heute noch nach. Den Auftakt gab die auf Grund der Arbeitszeitverordnung erfolgte Kündigung der Arbeitszeitparagrafen im Reichstarifvertrag. Der Kampf war um so schwerer, weil die Schlichter in vielen Fällen weit über das hinausgingen, was die Arbeitszeitverordnung besagte. (Hört! hört!) Das traf nicht nur für das Baugewerbe, sondern allgemein zu. Die Schiedssprüche, die eine längere Arbeitszeit vorsahen, sind aber von unsern Kameraden glatt abgelehnt worden. (Bravo!) Die Statistik des ADGB hat ergeben, daß 1914 im Baugewerbe der Achtstundentag am besten gehalten wurde. Dazu haben wir mit beigetragen. Die kürzeste Arbeitszeit war im Freistaat Sachsen, die längste in Ostpreußen zu verzeichnen. Die Kämpfe um die Arbeitszeit sind immer im Zusammenhang mit Lohnforderungen geführt worden. Der Tiefstand in der Lohnhöhe war Ende April 1924 erreicht. Von da an ging es aufwärts, nicht gleichmäßig, sondern je nach der Kraft der Organisation am Orte und nach der Möglichkeit, diese Kraft auszunutzen. Laut Statistik betrug die Lohnerhöhung bis Ende des Jahres 1924 23,1 %. Der Spitzenlohn war damals 100 %. Die Schwere der 1924 geführten Kämpfe findet ihren Ausdruck in dem Umfang und den Kosten. 33 000 Kameraden haben damals in der Front gestanden, und 673 790 M betrug die Kosten dieser in dem einen Jahre geführten Kämpfe. Die erste Stelle nahm 1924 Berlin in den Kämpfen ein, es folgte der Freistaat Sachsen, an dritter Stelle stand Rheinland-Westfalen, an vierter Bayern, und die letzte bedeutende Bewegung war die in Schleswig-Holstein und Hamburg. Die für Streikunterstützung ausgegebenen Summen gewinnen eine ganz besondere Bedeutung angesichts unserer damaligen Finanzlage. Erst im Dezember 1924 wurde es möglich, bestimmte Sätze an Unterstützungen zu zahlen. — Von ganz anderer Struktur und weittragender Bedeutung waren die Lohnbewegungen 1925. Die Tarifverhältnisse im Januar und Februar ließen erkennen, daß die Unternehmer auf ihrem Standpunkt beharrten und jedes Entgegenkommen, gestützt auf die gesamte Industrie, ablehnten. Sie haben es auch verstanden, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Monatlang wurde in der bürgerlichen Presse über den Tiefstand des Baumarktes gemurmelt,

und das Ende dieser Mägelieder war immer, es könnte viel mehr gebaut werden, wenn die Bauarbeiter auf ihre hohen Löhne verzichten würden. So wurde die große Masse der Bevölkerung systematisch vergiftet; denn sie bildet ja den Hauptleserkreis dieser Presse. (Sehr wahr!) Unsere Einstellung, die noch von der Inflation her auf hohe Löhne für kurze Frist ging, führte dazu, daß manchmal auch recht erhebliche Lohnerhöhungen abgelehnt wurden. Konzentriert haben sich die Kämpfe 1925 auf Baden, Groß-Berlin, Mecklenburg, Freistaat und Provinz Sachsen. Vorausgegangen waren noch andere Kämpfe, wie im Rheinland usw., aber in jenen Kämpfen lag das Schwerkriegsgewicht. Unsere Absicht war, kurze Kämpfe zu führen; aber das war nicht durchführbar, und das war kein gutes Zeichen für die Beweglichkeit unserer Organisation. Im Höhepunkt der Kämpfe im Juni waren über 17 000 Kameraden in der Woche zu unterstützen. Alle Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Das hing auch damit zusammen, daß im Reichsarbeitsministerium die Auffassung bestand, das Baugewerbe müsse sich erst abkämpfen. Inwieweit Schiedssprüche wurden nicht gefällt. Die Schlichter beschränkten sich auf die mechanische Verhandlungsleitung. Auch von den Bauherren, den Baugeldgebern, wurde nichts getan, um die Kämpfe zu beenden. Sie bildeten diesmal mit den Unternehmern eine geschlossene Front gegen die Arbeiter. Sie waren während der Kämpfe der Notwendigkeit enthoben, Baugelder zu beschaffen, ein Gesichtspunkt, der auch heute noch beachtlich ist. Unsere Verbandsmittel wurden natürlich durch die andauernden großen Kämpfe erschöpft. Ebenso ging es den andern baugewerblichen Organisationen. Wir mußten zunächst die Streikunterstützung bedeutend kürzen. Auch das geschah nach Rücksprache mit den Baugewerkschaften. So stand die Situation, als wir am 10. August die Einladung vom Reichsarbeitsministerium zu Verhandlungen über die Beilegung der Kämpfe erhielten. Es kam zu einer Vereinbarung, die zur Folge hatte, daß die Unternehmer ihre für den 15. August angekündigte weitere Aussperrung abstoppen mußten. Der dann folgende Hanschmannsche Schiedsspruch wurde von den Kameraden abgelehnt, von den Unternehmern angenommen. Es kam zu neuen Verhandlungen am 21. August in Berlin, bei denen aber nichts herauskam. Nach den Verhandlungen kamen die Vertreter aus den Bezirken in Berlin zusammen. Es wurde da festgestellt, daß alle Versuche, annehmbare Vermittlungspersonen zu finden, gescheitert waren, daß die Bauherren auf schnelle Fertigstellung der Bauten kein Gewicht legten, daß die Unterstützungsfrage bei Fortsetzung des Kampfes noch mehr hätten herabgesetzt, die Beiträge noch weiter hätten erhöht werden müssen. Es lagen auch Anzeichen vor, daß es mit der Aussperrung tatsächlich ernst werden könne. Aus allen diesen Gründen mußten wir versuchen, durch weitere Verhandlungen zum Abschluß zu kommen. Nur einer der Vertreter war der Meinung, die Gelegenheit müsse ausgenutzt werden, um den Kampf bis zu Ende zu führen. Die Industrie wollte die Bauherren zur weiteren Aussperrung zwingen, der 28. August wurde dafür festgesetzt. Am 27. August fanden erneute Verhandlungen statt, die unter einigen Abänderungen des Hanschmannschen Schiedsspruches zur Anerkennung der Vereinbarung vom 14. August führten. Es war ein schwerer Entschluß; die Verhandlungen aber kamen zu der Ueberzeugung, daß sie die Verantwortung für die Beendigung der Bewegung selbst übernehmen müßten. Eine Legende ist es, daß die Vertreter des Zimmererverbandes auf den Baugewerksbund eingewirkt hätten, die Bewegung abzubrechen. Dem Baugewerksbund ging es genau so wie uns, und die Vertretungen der Verbände haben jede für sich zu der schwebenden Frage Stellung genommen und gleichlautend entschieden. Damit hatte der große Kampf im Baugewerbe sein Ende erreicht. Wie notwendig die Beendigung des Kampfes war, beweisen die kurz darauf im „Zimmerer“ erschienenen Warnungen vor Zugzug.

Nachher wurde noch der Kampf in Ostpreußen geführt. Von großer Bedeutung war noch die Bewegung in Rheinland-Westfalen, die sich gegen eine große Lohnkürzung richtete. Es gelang schließlich, den bestanden Lohn zu halten. 33 361 Kameraden waren an Kämpfen im Jahre 1925 beteiligt, die 944 384 Streiktage umfassen und insgesamt 2 428 222 M kosteten. Wäre es möglich gewesen, die statutenmäßige Unterstützung zu zahlen, so hätten wir 4 Millionen Mark ausgeben müssen. Den Opfermut, den unsere Kameraden in diesen Kämpfen bewiesen haben, hat Schönfelder schon hervorgehoben. Einer der besten Erfolge der Lohnbewegungen ist, daß wir den Achtstundentag nach dem Stande von 1924 gehalten haben und daß damit das Baugewerbe in bezug auf Arbeitszeit an der Spitze steht. Aber auch mit den erlängten Löhnen stehen wir an erster Stelle. Der Spitzenlohn von 1,30 M am Schluß des Jahres 1925 konnte in der weiteren Auswirkung um durchschnittlich 26 und 27 % erhöht werden.

So waren also die letzten Jahre Kampffahre, entsprechend der Tradition des Verbandes, die Lage der Zimmerer zu verbessern. Angesichts der allgemeinen Wirtschaftslage muß man zugeben, daß in diesen Kämpfen unser Verband großen Erfolg gezeichnet hat. Eine Organisation mit dem Willen zum Siegen verdrängt auch Rückschläge, sie schöpft daraus neue Kraft. Das soll auch die Auffassung des Verbandstages sein. Ich bitte Sie, der Resolution, die Ihnen vorgelegt werden wird, zuzustimmen. (Lebhafter Beifall.)

Wolgast: Nach dem alten Sprichwort: „Was lange währt, wird gut“, müßten wir Jhnen, nachdem wir zwei volle Jahre verhandelt haben, heute einen Reichstarif vorlegen können, der Ihre volle Befriedigung findet. Aber das ist nicht der Fall; wir sind von dem Neuaufschluß eines Reichstarifvertrages noch genau so weit entfernt wie vor zwei Jahren, insofern ist der Auftrag des Eisenacher Verbandstages unausgeführt geblieben. Die Voraussetzungen, die der Verbandstag dafür aufgestellt hatte, waren eben nicht gegeben. Entsprechend muß für uns immer der Inhalt der Verträge sein. Der Grund, daß es bis heute zu einem Reichstarifvertrag noch nicht gekommen ist, ist die Tatsache, daß die Unternehmer des Baugewerbes im Westen unter dem Druck der Schwerindustrie, im Osten, vor allem im Nordosten, unter dem Druck der Landwirtschaft stehen. Die Forderungen der baugewerblichen Unternehmer waren zunächst folgende: 1. Einführung des Achtstundentages; 2. Aufrechterhaltung der Lehrlinge aus dem Tarifvertrag; 3. Beseitigung der Ferien;

4. uneingeschränkte Affordarbeit. Ein weiterer Differenzpunkt ist die Weigerung der Unternehmer, die Forderung in den Reichstarifvertrag einzubringen. Vor allem aber ist das Zustandekommen eines Reichstarifvertrages an der Arbeitszeitfrage gescheitert. Der Achtstundentag im Baugewerbe lag den Unternehmern noch schwerer im Magen als die „hohen Löhne. (Sehr richtig!) Der Vorstoß dagegen ging von Rheinland-Westfalen aus. Die unerhörten Forderungen, die von diesen Unternehmern aufgestellt wurden, standen sogar mit der Arbeitszeitverordnung im Widerspruch. Der ADGB forderte damals im Januar 1924 alle Gewerkschaften auf, unter allen Umständen zum mindesten an den Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung festzuhalten. Die weiteren Verhandlungen im Baugewerbe sind bekannt. Die Versuche der Arbeitgeber, bezüglich den Achtstundentag zu durchbrechen, misslungen, die zentralen Verhandlungen endeten stets ergebnislos, da von unserer Seite die von den Unternehmern angeführten Gründe für eine Verlängerung der Arbeitszeit nicht anerkannt werden konnten. Dann wurde das amtliche Schlichtungsverfahren in Gang gesetzt. Der erste Schiedsspruch vom Juli 1924 brachte die glatte Aufhebung des Achtstundentages für die Sommermonate und die Befestigung jeder kürzeren als der 48stündigen Wochenarbeitszeit. Er wurde von beiden Parteien abgelehnt und nicht für verbindlich erklärt. Im Oktober wurde die bekannte Vereinbarung über die Betriebsvertretung abgeschlossen, die ungeführt dem früheren Reichstarifvertrag entsprach und später für allgemein verbindlich erklärt wurde. Sie wurde im Februar 1926 noch dahin ergänzt, daß die Mitteilung von der Wahl der Betriebsvertretung auch dem Vertreter des Unternehmers am Bau gemacht werden kann. Im Frühjahr 1925 folgten dann neue Verhandlungen ein, gleichfalls ohne Erfolg. Bis zum Herbst ruhten dann jegliche Verhandlungen, sie wurden erst im November wieder aufgenommen und im Januar-Februar dieses Jahres fortgesetzt. Inzwischen hatten sich die Verbandsinstanzen mit der Situation befaßt. Sie kamen wieder zu dem Entschluß, daß eine Konzeption in der Arbeitszeitfrage ausgeschlossen sei. Dasselbe Ergebnis hatte eine Umfrage bei den Gauleitern. Diesen unsern Standpunkt haben wir dann auch in den Besprechungen mit den andern baugewerblichen Verbänden mit aller Steifnacktheit vertreten. In den Verhandlungen erklärten sich die Arbeitervertreter unter bestimmten Voraussetzungen zu Ueberstunden gegen Zuschläge bereit. Die Unternehmer bezeichneten das als nicht genügende Verhandlungsbasis; sie verlangten immer wieder allgemeine Arbeitszeitverlängerung und lehnten Zuschläge für Ueberstunden ab. So scheiterten auch im Januar und Februar alle Verhandlungen. — Dann kam ein Vorschlag des unparteiischen Vorsitzenden Dr. Spiegelthal auf eine Regelung der Löhne nach Ablauf des Lohnabkommens. Er endete mit dem Februarabkommen. Was uns am schwersten fiel, war die zentrale Bindung. Aber eine gänzlich ablehnende Haltung konnten wir auch gegenüber den andern Verbänden nicht verantworten. Wir setzten aber eine Erklärungsfrist durch für die Entscheidung unserer Instanzen. Diese haben dann unter Einwirkung der Gauleiter dazu Stellung genommen und dem Lohnabkommen zugestimmt, vor allem auch im Hinblick darauf, daß wir in der Frage der Arbeitszeit freie Hand behielten. Entscheidend war aber die ungünstige Lage im Baugewerbe, die ungeheure Arbeitslosigkeit und der schlechte finanzielle Stand unseres Verbandes. Es mußte endlich an eine Sammlung der Kräfte der erschöpften Mitglieder, aber auch des Gesamtverbandes gedacht werden. Prinzipiell halten wir an der Ablehnung einer zentralen Lohnregelung fest. In dem vorliegenden Falle wurde aber unsere taktische Einstellung bedingt durch die ganz abnormen Verhältnisse, wobei wir auch die Haltung der übrigen beteiligten Arbeiterverbände berücksichtigen mußten. Auf der Verhandlungskommission lastete ein ungeheures Maß von Verantwortung. Leitmotiv in diesen entscheidenden Augenblicken konnte für uns allein das Interesse des Verbandes und seiner Mitglieder sein. Wir waren und sind noch heute davon überzeugt, daß wir richtig gehandelt haben, und wir übernehmen gern die volle Verantwortung für die Zustimmung zu diesem Lohnabkommen.

Leider hat das zentrale Schiedsgericht in seiner ersten Tagung für einzelne Arbeitergruppen und Bezirke auf einen Lohnabbau entschieden. Dadurch wird das Vertrauen zu diesem Schiedsgericht stark erschüttert, und wir legen auch von dieser Stelle nachdrücklich Protest dagegen ein. Wir erwarten vom dem zentralen Schiedsgericht, daß es nicht nur den einseitigen Wünschen der Unternehmer Rechnung trägt, sondern auch die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Belange der Arbeiter gebührend berücksichtigt. Im übrigen sind wir an das Abkommen nur für eine verhältnismäßig kurze Zeit gebunden; sorgen wir in der Zwischenzeit dafür, daß der Verband so gekräftigt wird, daß wir in Zukunft nicht nötig haben, solche Abkommen zu treffen, sondern dem Gegner unsern Willen aufzwingen können. (Lebhafter Beifall.)

Es wird nun in die Diskussion über die Referate eingetreten. Außer einer großen Reihe von Anträgen aus den Kreisen der Mitglieder liegt dazu folgende Entschlüsse des Vorstandes vor:

Entschlüsse zum Punkt Lohnbewegungen und Reichstarifvertragsverhandlungen.

Der Verbandstag nimmt Kenntnis von dem gänzlichen Scheitern der zentralen Verhandlungen über den Neuaufschluß eines Reichstarifvertrages für das Baugewerbe. Ursache des Scheiterns ist die reaktionäre Haltung der Unternehmer gegenüber den Fragen der Arbeitszeit, der Ferien, des Lehrlingswesens usw. Der Verbandstag billigt die Haltung der Vertreter unseres Verbandes bei den Verhandlungen.

Soweit die Verhandlungen zu einer Zwischenlösung in der Frage der Betriebsvertretung der Arbeiter im Baugewerbe geführt haben, erklärt sich der Verbandstag mit der getroffenen Vereinbarung einverstanden.

Der Verbandstag erteilt nachträglich seine Zustimmung zu den zentralen Lohnabkommen, wobei er jedoch ausdrücklich feststellt, daß die grundsätzliche Haltung unseres Verbandes zur zentralen Lohnregelung dadurch keinerlei Änderung erfährt und daß er in den getroffenen zentralen Abkommen nur einen in der ungünstigen Wirtschaftslage begründeten Notbehelf erblickt.

Mit aller Entschiedenheit protestiert der Verbandstag gegen die neuerdings immer scharfer hervortretenden Bestrebungen der Unternehmer auf Lohnabbau; er erhebt zu

gleich nachdrücklich Einspruch gegen die Entscheidungen des zentralen Schiedsgerichts, die unter Außerachtlassung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse der Arbeiter den Unternehmerwünschen Rechnung getragen haben.

Aufs neue beweisen der Ausgang der zentralen Verhandlungen sowohl als auch die Entscheidungen des zentralen Schiedsgerichts, wie notwendig eine Stärkung der gewerkschaftlichen Kräfte ist. Der Verbandstag verpflichtet deshalb alle Mitglieder, ihre ganze Kraft für das weitere Erstarren unseres Zentralverbandes einzusetzen. Nur eine starke Organisation wird auf das Zustandekommen eines annehmbaren Reichstarifvertrages wie auch auf eine drückliche oder bezügliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen genügend Einfluß ausüben können.

Morgenstern, Chemnitz: Die Erhaltung des Achtstundentages für 92 % der Zimmerer ist zweifellos ein Erfolg. Teile unseres Verbandes haben die Zustimmung zu dem Abkommen im August 1925 nicht verstanden. Bei der Zustimmung zu dem Lohnabkommen 1926 haben die Verhandlungen wohl unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse gehandelt. Ich halte es aber nicht für richtig, daß über die Köpfe der Mitglieder hinweg entschieden worden ist. Die vorliegende Entschliessung deckt sich mit dem, was die große Mehrheit des Verbandstages in Eisenach zum Ausdruck gebracht hat.

Karrer, Bielefeld: Von einer Verlängerung der Arbeitszeit könnte nur dann gesprochen werden, wenn sonst der Wohnungsbau für die breiten Schichten des Volkes in Frage gestellt wäre, falls es uns nicht möglich wäre, durch den Verband so viele Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, wie der Wohnungsbau erfordert. Wir wollen nicht nur an der 48-Stunden-Woche, sondern am Achtstundentag festhalten. Wenn der Sonnabendnachmittag freibleibt, so darf das also nicht auf Kosten einer längeren Arbeitszeit an anderen Tagen geschehen. Gegenüber der Vergiftung der öffentlichen Meinung müssen wir Aufklärung darüber schaffen, daß nicht die hohen Löhne der Arbeiter an dem Wohnungsmangel schuld sind, sondern die überjagten Preise. — Die Lehrlingslöhne sollen nach dem Wunsche der Innungen um 50 % gesenkt werden. Wir haben demgegenüber die Eltern aufgefordert, keine Lehrverträge abzuschließen, die nicht die im vorigen Tarif festgelegten Sätze enthalten. Ferien haben wir im vergangenen Jahre 2 Tage durchgeseht.

Schiff, Berlin, hebt gegenüber Bemerkungen in der gestrigen Debatte hervor, daß die Zahlstelle Berlin das möglichste zur Bekämpfung der Affordarbeit getan habe. Sie habe auch Schönfelder zu einem Referat darüber aufgefordert. Kurz zuvor sei in Hamburg die Affordarbeit im Betongewerbe tarifiert worden, und Schönfelder habe den bedauerlichen Ausspruch getan: Wenn man sehe, daß der Wille zur Stückarbeit vorhanden sei, solle man sie lieber anerkennen, ehe man die Organisation zerschlage. (Rufe: Das bezog sich auf den Baugewerksbund!) Die Berliner Zimmerer haben auch auf den Betonbauten dafür gesorgt, daß die Affordkolonnen der Einschalter verschwanden. Der Entschliessung könnte ich nur zustimmen, wenn der letzte Satz des ersten Absatzes und der ganze dritte Absatz gestrichen wird. Wir können nicht zugeben, daß man über die Köpfe der Mitgliedschaft solche Festlegungen vornimmt.

Schönfelder stellt gegenüber dem Vorredner fest, daß die von ihm in Berlin abgehaltene Versammlung gegen die Affordarbeit einen sehr unergiebigen Verlauf genommen habe, weil Schiff die Gelegenheit benutzte, den Vorstand wegen der Vorgänge auf dem Eisenacher Verbandstag auf das heftigste anzugreifen, wo Schiff sehr schlecht abgeschnitten hatte. Das sei zweifellos nicht die richtige Art, um die Affordarbeit in Berlin zu bekämpfen. Die erwähnte Ausrufung, wenn man die Affordarbeit nicht verhindern könne, solle man schließlich Einfluß auf ihre Regelung zu erlangen suchen, habe er mit Beziehung auf den abguschließenden Reichstarifvertrag getan. Wenn im Baugewerbe bei Maurern und Bauhilfsarbeitern doch in großem Umfange im Afford gearbeitet werde, dann sei es zu verstehen, daß der Baugewerksbund es für besser halte, sie wenigstens im Vertrag zu regeln, um ihre Ansprüche zu bekämpfen. Trotz dieser theoretischen Erwägungen sei er, Schönfelder, aber zu dem Schluß gekommen, daß es aus grundsätzlichen Erwägungen für die Zimmerer keine Affordarbeit im Vertrag geben dürfe.

Reitberger, München: Da die Unternehmer die Einführung der Affordarbeit zu ihrer Parole gemacht haben, werden wir noch öfter einen schweren Kampf in dieser Frage führen müssen. Einen Reichstarif halten wir im Gau Südbayern unbedingt für notwendig, wenn wir auch in den letzten zwei Jahren ohne Vertrag gearbeitet haben und Verschlechterungen in erheblichem Ausmaß trotzdem nicht herbeigeführt worden sind. Ich glaube allerdings kaum, daß in diesem und dem nächsten Jahre ein Vertrag wird abgeschlossen werden können, mit dem wir einverstanden sein können. Es kommt vor allem darauf an, daß die Organisation wieder gestärkt wird; nur dann werden wir einen Tarif erreichen können, wie wir ihn wünschen.

Goldschmidt, Breslau, erklärt sich mit der Haltung der Verbandsinstanzen in der Tariffrage einverstanden und empfiehlt den Zahlstellen, mehr Leistungsleistungen als große allgemeine Streiks. Dadurch wird die Verbandsklasse nicht so geschwächt; die in Arbeit bleibenden Kameraden können die andern unterstützen, und es wird ein Reil in die Unternehmerorganisation getrieben.

Ege, Frankfurt: Wenn wir 1924 500 000 M für Lohnbewegungen ausgegeben haben und im nächsten Jahre über 2 Millionen, so scheint mir das zu beweisen, daß der Zentralvorstand zu wenig auf die Forderung der Streikunterstützung geachtet hat, daß bei Lohnbewegungen immer erst der Rat des Zentralvorstandes einzuholen ist. Doch daran ist jetzt nichts mehr zu ändern. Wir werden wohl oder übel dem dritten Absatz der Entschliessung zustimmen müssen, wenn wir auch damit eine große Verantwortung den Mitgliedern gegenüber übernehmen. Die Anerkennung des zentralen Schiedsgerichts ist sehr bitter für eine Organisation wie die unsere, die gewöhnt war, immer das Selbstbestimmungsrecht der Zahlstellen zu wahren. Verhergen wir den letzten Satz der Entschliessung, dann werden wir in Zukunft unsere Kampfmaßnahmen besser in der Hand behalten können als 1925.

Sehl, Erfurt, hebt die Notwendigkeit der Regelung der Polierfrage hervor. Die Erfahrung in Erfurt habe gezeigt, daß der Polierbund nicht auf gewerkschaftlichem Standpunkt stehe. Wichtig sei auch die Regelung der Beurlaubungsfrage und der Ferienfrage.

Riederer, Regensburg, wünscht, daß in Zukunft das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder bei wichtigen Abkommen nicht beschränkt werde. In der Frage der Arbeitszeit sind wir für Einhaltung der 48-Stunden-Woche. Die Verteilung auf die einzelnen Tage sollte jeder Zahlstelle überlassen bleiben. Das Ueberstundenunwesen herrscht besonders bei den Mitgliedern des Baugewerksbundes. Daher rührt auch die Waffstimmung bei uns gegen einen Anschluß an den Baugewerksbund.

Rühn, Braunschweig: Wir geben zu, daß die Zentrale einer sehr schwierigen Situation mit ihren Beschlüssen Rechnung getragen hat. Ueber die Affordarbeit sollte hier kein Wort mehr geredet zu werden brauchen; wir in Braunschweig lehnen sie grundsätzlich ab. Mit Leistungsleistungen haben wir auch gute Erfahrungen gemacht. Der Abschluß von Lohnverhandlungen dürfte nur Sache der Zahlstellen sein. Wir wollen, daß an keinem Tage länger als 8 Stunden gearbeitet werden darf.

Kroneberg, Leipzig: Edele sagte mit Recht, daß die Kämpfe in den Zahlstellen beweglicher gestaltet werden müßten. Aber auch die Zentrale müßte beweglicher sein. Sie hat in den verflochtenen Kämpfen vielleicht zu sehr nach dem großen Bruder Bauarbeiter geschaut, und das hat auch abgeleitet auf die Bezirke und Zahlstellen. Es hat Zahlstellen gegeben, die lediglich gekämpft haben, weil die Bauarbeiter streikten. Wir erkennen an, daß der Abschluß des zentralen Abkommens angeht die Gesamtlage der Organisation erfolgreich mußte. Leider hat es größere Zahlstellen gegeben, die aus politischen Beweggründen, auf gewisse Parolen hin in den Kampf gezogen sind und den allgemeinen Generalstreik zugunsten der Bauarbeiter propagiert haben. Man sollte sich von Außenstehenden, die die wirtschaftliche Struktur des Baugewerbes nicht kennen, keine Vorschriften machen lassen. (Sehr richtig!) Bei zukünftigen Beschlüssen sollte man Delegierte aus den Bezirken mit heranziehen. Wir in Leipzig waren die einzige Stadt im Bezirk Sachsen, der 1 1/2 abgezogen worden ist, doch haben wir ihn inzwischen durch freie Vereinbarung wiederbekommen. (Bravoo!) Die Entschliessung gibt uns die Gewähr, daß der Zentralvorstand aus den letzten Vorgängen lernen und in Zukunft das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder wieder zu wahren suchen wird.

Dressel, München: Die Zahlstelle München hat gegen 6 Stimmen ein Mißtrauensvotum gegen den Zentralvorstand angenommen, weil er die Beschlüsse des Eisenacher Verbandstages bei dem Vorschlag, den er im Juli 1924 in der Arbeitszeitfrage den Unternehmern gemacht hat, nicht eingehalten hat. Darin war eine zeitweilige Ueberschreitung der 48-Stunden-Woche für höchstens 3 Monate und wöchentlich um nicht mehr als 3 Stunden zugelassen, falls in einzelnen Bezirken dringende wirtschaftliche Gründe vorlägen oder ein Mangel an Facharbeitern nachgewiesen werde. Das bedeutet die Durchbrechung des Prinzips der 48-Stunden-Woche. — Ich und meine Freunde, die politisch mit mir auf der gleichen Linie stehen, können der Verhandlungskommission hier nicht das Vertrauen aussprechen und auch nicht die geforderte nachträgliche Zustimmung zu dem zentralen Lohnabkommen geben. Ich bitte also die entsprechenden Stellen in der Entschliessung zu streichen und folgenden Zusatz zu beschließen:

Der Verbandstag erteilt dem Zentralvorstand Vollmacht, einen Reichstarif abzuschließen, aber nur unter der Bedingung, daß keine längere als die achtstündige Arbeitszeit vereinbart wird, daß die Ferienfrage, die Bezahlung der Regenzeit, unversicherte Arbeitsverhältnisse, die Beurlaubungs- und Polierfrage geregelt wird und daß die Lohnfrage den Bezirken überlassen wird.

Dann haben wir einheitliche Richtlinien für den Kampf.

Siebert, Cassel: Vor 2 Jahren stand das Lohnniveau der Bauarbeiter zum Teil unter dem der Metallarbeiter. Inzwischen sind wir ein ganz gutes Stück vorwärts gekommen. Die ländlichen Gebiete haben den Abschluß des zentralen Abkommens in Berlin zum Teil begrüßt. (Sehr richtig!) Affordarbeit wird bei uns in Hessen nicht mehr geleistet; wir müssen aber feststellen, daß der Baugewerksbund in einzelnen Sektionen Beschlüsse faßt, um die Zimmerleute bei der Betonarbeit völlig auszuschalten. (Sört, hört!) Auch hat der Baugewerksbund mit einzelnen Zahlstellen Fühlung genommen, damit sie sich ihm anschließen. Wir haben das abgelehnt; wir wären nur bereit, beizutreten, wenn es zentral beschlossen ist.

Eggert (ADGB): Von einem Vertreter aus Chemnitz wurde es bemängelt, daß der Bundesvorstand angeht die Ihres großen Kampfes nur eine Sympathieerklärung vom Stapel gelassen hat. Ich kann sagen, der Bundesvorstand hat Ihren Kampf mit zitterndem Herzen und mit jeder Faser seines gewerkschaftlichen Seins als den Kampf um die Verteidigung des Achtstundentages verfolgt, und hat keinen Augenblick darüber Zweifel gelassen, daß er trotz der schwierigen damaligen Wirtschaftsverhältnisse nicht geögert haben würde, falls notwendig, dem Vortrupp der Bauarbeiterklasse in diesem Kampf die Hilfe der deutschen Arbeiterklasse zuzukommen zu lassen. Ich nehme an, daß die Leiter Ihrer Bewegung von dieser Situation unterrichtet gewesen sind; aber sie haben natürlich trotzdem vorzüglich die tatsächlichen Verhältnisse ins Auge gefaßt. Ich habe die Worte des einen Redners bedauert, der erklärte, er könne der Entschliessung mit seinen politischen Freunden nicht zustimmen. Das ist gerade das verhängnisvolle, daß wir uns nicht verstehen, sobald wir gewerkschaftliche Dinge mit politischen Augen ansehen. (Sehr richtig!) Es ist gerade die Kunst des gewerkschaftlichen Führers, die politische Situation natürlich nicht aus dem Auge zu verlieren; aber in der Tagesarbeit für seine Mitglieder Ergebnisse herbeizuführen. Ich beklage es auch, wenn das Wort fiel, man hätte eine große allgemeine Streikbewegung herbeizuführen sollen. Darin werden Sie mir zustimmen: je größer die Massen sind, die in einen gewerkschaftlichen Kampf verwickelt werden — ich rede von Zehntausenden, von Hunderttausenden — um so schneller muß der Erfolg herbeigeführt werden. (Sehr gut!) Wird bei solchen Bewegungen nicht in kurzer Spanne der Sieg erreicht, so führt das zur Demoralisation der Massen. (Sehr richtig!) Man kann nicht die ganze Breite unseres Schlacht-

schiffes dem Unternehmertum preisgeben, wenn erst ein Bruchteil der Arbeiterklasse organisiert ist, wie wir am Sonntag gehört haben. Ich will nicht sagen, daß nicht eine Stunde in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung eintreten könnte, wo sie auch ihre ganze Kraft einsetzen muß. Aber man kann nicht schablonenartig immer große Streiks machen. (Sehr gut!) Ich kann mir denken, daß, wie beim Kapp-Putsch, wenn eine neue reaktionäre Welle durchs Land flutet, die Arbeiterklasse aufsteht und sagt: Nein!, und diese Welle zerbricht. Aber ich frage Sie: Kann man um gewerkschaftliche Fragen, kann man um Lohnerhöhungen, um den Achtstundentag lange Kämpfe mit dem Einsatz der gesamten Kraft führen? Da wird man doch schließlich wieder verhandeln müssen, schon mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung. Für den Bundesvorstand handelt es sich beim Achtstundentag um folgendes: Der Mensch kann gewiß eine Zeitlang in 9 und 10 Stunden mehr leisten als in acht — es wäre töricht, das zu leugnen. Und die Unternehmer, die verlangen, daß mehr als 8 Stunden gearbeitet wird, hätten recht, wenn es darauf ankäme, in einem Augenblick, sagen wir, Deutschland zu retten. Aber es handelt sich nicht um den Wiederaufbau der Wirtschaft, sondern um das kostbarste Gut des Volkes, um seine Arbeitskraft und um die Frage: Wie groß ist die durchschnittliche Lebensdauer einer Arbeiterbevölkerung a) bei 8 Stunden Arbeitszeit, b) bei 9 Stunden, c) bei 10 Stunden usw.? Und da lautet die Antwort: Je kürzer die Arbeitszeit, desto besser kann der Träger der Arbeitskraft mit gesundem Geist und voller Spannkraft in der Wirtschaft wirken. Der Achtstundentag ist etwas ebenso Heiliges wie es der Sonntag in der christlichen Glaubenslehre ist, seitdem er eingesetzt wurde. Ja, ich wage zu behaupten, wenn der Produktionsapparat der Welt technisch auf die Höhe gebracht ist, die uns die Wissenschaft ermöglicht, dann brauchen wir nicht einmal 8 Stunden zu arbeiten, um die Bedürfnisse der Völker zu decken. (Sehr gut!) Der Achtstundentag ist jetzt, wie Sie wissen, auch zum Gegenstand der internationalen Wirtschaftspolitik geworden. Ich erinnere an die Londoner Verhandlungen über das Washingtoner Abkommen und an die Untersuchungen der vorbereitenden Kommission in Geiz zur Weltwirtschaftskonferenz. Ebenso wird diese Frage wichtigster Gegenstand der Untersuchungen der jetzt vom Reichstag beschlossenen Enquete über die Produktions- und Abnahmeverhältnisse der deutschen Wirtschaft sein. Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftspraktiker sind in diese Enquete-Kommission berufen, und eine der wichtigsten gewerkschaftlichen Arbeiten in dieser Kommission wird sein, den Nachweis zu führen, daß der Arbeiter in achtstündiger Arbeitszeit mindestens so viel leisten kann, wie die Völker der Erde zur Deckung ihrer Bedürfnisse benötigen, ja, wir hoffen, nachweisen zu können, daß er in 8 Stunden ebensoviel, vielleicht mehr leisten kann als in 9 und 10 Stunden. (Sehr gut!) Das Baugewerbe ist in seiner ganzen Eigenart nach am besten als Vortrupp für die Erhaltung des Achtstundentages geeignet. Ich komme aus der Metallindustrie, habe ihr Jahrzehnte gedient. Wir hatten Streiks von 13 Wochen Dauer, und wenn an einem Ort gestreikt wurde, wurden die Arbeiten in einem anderen Orte angefertigt. Das ist beim Häuserbau nicht möglich. Deshalb liegt schon in Ihrem Beruf eine gewisse Macht, die uns zu der Hoffnung berechtigt, daß die Arbeiter des Baugewerbes auch in Zukunft den Achtstundentag verteidigen werden. (Stürmischer Beifall.)

Burgwig, Prenzlau, wünscht, daß der Zentralvorstand in Zukunft die ländlichen Zahlstellen bei den Lohnbewegungen mehr berücksichtigen.

Gladih, Dessau: Die letzten zwei Jahre waren für uns ein Ruhmesblatt durch die Ausdauer und die Opferwilligkeit, die die Kameraden bewiesen haben. Die Stabilität unserer Mitgliederzahl beweist, daß die Maßnahmen der Zentrale voll gewürdigt worden sind. Leistungsleistungen lassen sich nicht in allen Fällen durchführen. Wir sind manchmal gezwungen, den von den Unternehmern uns hingeworfenen Fehlschlag aufzunehmen.

Klinke, Dresden, schließt sich den Ausführungen von Siebert, Cassel, an. Wenn gesagt wurde, der Kampf 1925 hätte bis zur letzten Entscheidung durchgeführt werden müssen, so muß dabei auch berücksichtigt werden, daß der Kampfeifer in anderen Industrien nicht so groß ist, so daß mit deren Sympathie dabei nicht zu rechnen war. Deshalb ist es zu begrüßen, daß unsere Verhandlungskommission den Mut gefunden hat, diesen Lohnkampf zu beenden.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt. Schneider, Neugersdorf, tritt dafür ein, daß in Zukunft wieder bezügliche Verhandlungen stattfinden und bittet, dem Ergänzungsantrag Dressel zuzustimmen.

Dambacher, Freiburg i. Br.: Den Bestrebungen auf Verlängerung der Arbeitszeit sollten wir die Forderung auf Arbeitszeitverkürzung entgegenstellen, besonders im Hinblick auf die große Arbeitslosigkeit. Bei den Fortschritten der Technik könnten wir heute wohl mit 6 oder 7 Arbeitsstunden auskommen.

Schiff, Berlin, polemisiert gegen die Ausführungen Schönfelders. In der betreffenden Versammlung habe er nur gesagt, wenn der Faden, wie in Eisenach, weitergesponnen werde, und man die Berliner herunterzureißen versuche, dann werde man nicht gedeilich zusammenarbeiten können. Dem Vertreter des ADGB gegenüber betont der Redner, daß die politischen und gewerkschaftlichen Fragen nicht zu trennen seien.

Oschach, Leipzig: Die Richtlinien von Eisenach sind im wesentlichen vom Zentralvorstand eingehalten worden. Rein Redner hat sagen können, wie es in der Vergangenheit hätte besser gemacht werden können. Ich bitte die Delegierten, die Ausführungen des Vertreters des ADGB, ihren Mitliedern zu übermitteln; dann wird auch die Legende zerjört, als hätte der ADGB, den Achtstundentag verraten. — Von einem Berliner Kameraden, der gut Bescheid wußte, ist mir mitgeteilt worden, daß in Berlin 120 bis 140 M pro Woche im Afford verdient worden seien. Die Unternehmer haben genau registriert, was der einzelne leisten kann, und nachdem im Herbst die Arbeitsgelegenheit abgeklaut war, haben sie von den Kameraden im Stundenlohn dieselbe Arbeitsleistung verlangt. Die Streichung des Absatzes 3 aus der Entschliessung wäre ein großer Fehler. Gerade dieser Absatz ist die Hauptsache; er besagt, daß wir nur aus einer Notlage heraus für das zentrale Abkommen gestimmt haben.

Malh, Chemnitz: Bei uns haben es die Zimmerer durchgesetzt, daß in den Bauhütten die Akkordarbeit nicht eingeführt wird. (Bravo!) Was das letzte Abkommen anlangt, so habe ich bei der Debatte an einen Ausspruch Bringmanns gedacht, er hätte sich geschämt, wenn eine einheitliche Zustimmung erfolgt wäre, wenn nicht Unwille und Verbissenheit über diesen Abschluß zum Ausdruck gekommen wären. So müssen wir auch heute erklären, wir sind nicht zufrieden; man mußte den Mitgliedern die Entscheidung überlassen. Dabei will ich zugeben, daß auch einmal Fälle eintreten können, wo man schließlich so handeln muß, wie es der Zentralvorstand getan hat. — Die Ausführungen Eggerts in der Frage des Achtstundentages waren sehr erfreulich; leider gibt es eine ganze Reihe Arbeiterführer, die für eine Verlängerung der Arbeitszeit eingetreten sind. Sie hätten vom Vorstand des ADGB zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

Rahn, Marienburg, geht näher auf den Kampf in Ostpreußen ein und bekreitet, daß das eine wilde Bewegung gewesen sei. Bei der Behandlung der Lehrlingsfrage sollte vor allem auch Gewicht auf das Koalitionsrecht der Lehrlinge gelegt werden.

Rad, Köln, schildert die Schwierigkeiten, die der Abschaffung der Akkordarbeit im Rheinland durch die Einschalerakkordkolonnen entgegenstanden. Der Baugewerksbund wollte einen Akkordtarif für das Betongewerbe abschließen. Dagegen haben wir uns gewehrt, um den Akkord nicht zu bereuigen. Schließlich mußten wir den Kameraden freies Spiel lassen, damit sie nicht die ganze Arbeit verloren.

Volken, Hamburg, legt die Gründe dar, warum die Akkordarbeit im Betongewerbe in Hamburg tarifziert werden mußte. Schon vor dem Kriege sei es nicht möglich gewesen, die Zimmerer auf reinen Betonbauten in Arbeit zu bringen; sie wurden vom Arbeitgeber abgewiesen, weil sie keine Akkordarbeit machen wollten. Damals haben wir trotzdem die Akkordarbeit abgelehnt. Nach dem Kriege hat die Betonarbeit einen viel größeren Umfang angenommen, große Kontorhäuser sind reine Betonbauten. Schließlich hat eine Urabstimmung die Akkordarbeit im reinen Betongewerbe zugelassen. Aber im Zimmergewerbe ist nach wie vor die Akkordarbeit, auch in Hamburg, verboten.

Rüppfer, Berlin: In den 45 Jahren, die unser Verband besteht, haben wir auf den 23 Verbandstagen stets das Richtige auf Grund der weissen Ratschläge unserer Führung in der Beitragsfrage, der Lohn- und Tarifffrage getroffen. Das können wir mit Stolz feststellen, wenn wir die Protokolle durchblättern. Es ist ein großes Unrecht, wenn dem Vorstand vorgeworfen wird, er habe gegen die Eisenacher Beschlüsse verstoßen. Der von Kühn erwähnte Vorschlag in der Arbeitszeitfrage war eben nur ein Vorschlag, wie er bei Verhandlungen wohl vorkommen kann. Es kommt hier darauf an, den Männern das Rückgrat zu stärken, die im August 1925 in der Stunde der höchsten Gefahr den Mut gefunden haben, das Abkommen zu treffen. Es war sicherlich nicht leicht für uns, als wir damals früh morgens 6 Uhr nach 17stündigen Verhandlungen zustimmten im Hinblick auf die gemachten Zugeständnisse. Und das selbe trifft für das Februar-Lohnabkommen zu. Ich hoffe, daß der Verbandstag gegen wenige Stimmen, wenn nicht einstimmig, der vorgelegten Entschließung zustimmen wird.

Finsel, Königsberg, geht näher auf die Verhältnisse in Ostpreußen ein. Von einem Zusammenarbeiten mit dem Baugewerksbund sei dort wenig zu hören.

Ein erneuter Schlußantrag wird angenommen.
Edé (Schlußwort): Es ist richtig, daß der Vorstand die Lohnbewegungen zum Teil hat gehen lassen und nicht immer genau nach der Streifenanweisung gehandelt hat. Das lag an der ganzen Struktur der Kämpfe. Auf die Dauer ist natürlich ein solcher Zustand nicht haltbar. Wir waren eben alle zusammen noch vom Geist der Inflation beherrscht. — Der Bundesausschuß hat zu unserer Bewegung feinerzeit Stellung genommen und hat uns in einer Entschließung die Sympathie, aber auch die Hilfsbereitschaft ausgesprochen. Aber bei den wirtschaftlichen Verhältnissen der andern Arbeiter — wir stehen an der Spitze mit den Löhnen — wäre es vielfach bei dem guten Willen geblieben, uns zu helfen. Es klingt gewiß sehr schön, wenn die Kameraden sagen, wir hätten weiterkämpfen müssen, aber man kann sich auch tolstreiken, das heißt, die Bewegung auf viele Jahre untauglich machen, wodurch dann die Kameraden der Diktatur der Unternehmer ausgeliefert sind und das Vertrauen zur Organisation verlorengeht. Nachdem die Arbeiter in der Inflation ihre ganzen Notgroßen verloren haben, ist die Behauptung, man hätte ohne Unterstützung weitergekämpft, nichts als eine Geste. Außerdem war mit weiteren Ausperrungen zu rechnen, so daß wenige Kameraden übriggeblieben wären, die den Kampf hätten finanzieren können.

Bolgaft (Schlußwort): Mit den von Schilf und Dressel beantragten Streichungen in der Entschließung würden Sie Ihren eigenen Vertretern den Unternehmern gegenüber den Boden unter den Füßen fortziehen. (Sehr wahr!) Eine Kritik des letzten zentralen Lohnabkommens ist gewiß berechtigt, aber sie darf nicht so weit gehen, daß man den Personen, die das Beste im Interesse des Verbandes gewollt haben, das Vertrauen entzieht. — Die Bindung, die Dressel durch seinen Zusatz beantragt hat, brauchen wir nicht. Die Richtlinien für den Tarifvertrag sind uns durch den Eisenacher Verbandstag gegeben.

Die von Dressel und Schilf beantragten Streichungen in der Entschließung werden mit großer Mehrheit abgelehnt, ebenso der Zusatzantrag Dressel. Die Entschließung des Vorstandes wird gegen wenige Stimmen unverändert angenommen.

Um 4 Uhr werden die Verhandlungen auf Mittwoch vertagt.

Die Lehren des englischen Generalstreiks.

„The prof of the Pudding lays in the eating“ (sprich de prof of de Pudding lais in de eating), deutsch: Der Beweis für die Güte des Puddings liegt im Essen. In diesen englischen Spruch wurde ich unwillkürlich erinnert, als mir die ersten Nachrichten vom Zusammenbruch des Generalstreiks in die Ohren drangen. Wir stehen vor der betrübenden Tatsache, daß der mit so großer Farsche erklärte Generalstreik am neunten Tage bedingungslos zu-

ammenbrach. Das von einer bestimmten Presse angegebene Geschrei über den Verrat der rechten Führer der Arbeiterbewegung ist natürlich purer Unsinn, da weder eine Ausdehnung des Streiks auf die sogenannte zweite Linie noch ein Verharren im Kampfe etwas retten konnte. Der Vorwurf der Kommunisten richtet sich vor allem dagegen, daß man aus dieser Riesenbewegung keine politische Sache machen wollte. Da entsteht doch die Frage: ob es wohl möglich ist, aus jedem Streik eine staatsstürzende Aktion zu konstruieren? Was würde aus der Gewerkschaftsbewegung werden, wollten wir solche Taktik zur Richtlinie des wirtschaftlichen Kampfes erheben. Der Generalstreik brach gerade deshalb zusammen, weil die Regierung die Parole herausgab, der Streik sei ein Attentat auf den Staat und somit gegen die Volksgemeinschaft. Ein Kampf gegen die Regierung war aber in dieser Form ein Kampf gegen die Demokratie. Die Regierung stellte sich auf den Standpunkt, es drehe sich um die Frage, ob eine gewerkschaftliche Diktatur den Sieg davontragen solle oder die parlamentarische Macht. Unsinnig ist es, die Psychologie eines Volkes verkennen zu wollen. Die englische Demokratie ist mit dem Volke eng verbunden; sie ist in jahrhundertlangem Ringen langsam Schritt für Schritt gewachsen und in einer solchen Gemeinschaft bleibt der Generalstreik immer eine sehr gefährliche Sache. Zeigte es sich doch bald, daß die Gewerkschaften gegen eine uneinnehmbare Festung anstürmten.

Im deutschen bürgerlichen Lager versucht man diesen Generalstreik mit dem Generalstreik zur Zeit des Rapp-Butsches zu vergleichen. Nichts ist unsinniger als ein solcher Vergleich, da letzterer Streik gerade der Verteidigung der gesetzmäßigen Verfassung gegenüber den Gewalten der Reaktion galt. Erhebt sich in solchen Fällen das Volk in seiner Gesamtheit, so ist der Sieg gewiß. Hier handelte es sich also nicht um einen Massenkampf, sondern um einen nationalen Kampf, in dem sich alle verfassungstreuen Bürger um die Fahne der Verfassung scharten. Anders im englischen Generalstreik, der ein Massenkampf in des Wortes bester Bedeutung war. Hier kämpften die Arbeiter eigentlich gegen Staat und Gesellschaft. Der Regierung standen alle Machtmittel des Staates zur Verfügung, die auch raffiniert ausgenutzt, angewandt wurden. Es bleibt eine Tatsache, daß der bedingungslose Abbruch der Bewegung große Verwirrung hervorrief.

Die Unternehmer stellten sich bei Wiederaufnahme der Arbeit fast allgemein auf den Standpunkt, da Tarif- und Kontraktbruch vorläge, beständen keine Kollektivverträge mehr, also müßten neue Anstellungsverträge mit den einzelnen Arbeitern abgeschlossen werden. Um die vorhandenen Schwierigkeiten überbrücken zu können, sahen sich die Eisenbahnergewerkschaften gezwungen, eine Vereinbarung zu treffen, worin sie anerkennen, der Generalstreik sei gesetzwidrig gewesen und alle am Streik Beteiligten hätten sich des Kontraktbruches schuldig gemacht. Ähnliche Vereinbarungen mit harten Bedingungen mußten fast alle Gewerkschaften abschließen. Einen günstigen Eindruck machte im Parlament die Mahnung des Premierministers, wonach es in diesem Kampfe weder Sieger noch Besiegte geben dürfe. Vor allem betonte er mit vollen Ernst, der jetzige Augenblick dürfe nicht benutzt werden zur Schwächung des Einflusses der Gewerkschaften. Geradezu verhängnisvoll für das gesamte englische Leben wäre es, wollten die Unternehmer den Versuch zu Repressalien unternehmen. Diese Stellungnahme wird dazu beitragen, baldigst zu geordneten Verhältnissen zu kommen. Allerdings gibt es allerlei Geminnisse zu überbrücken, da ja auch das Versprechen der Regierung da ist, die Streikbrecher hätten als Dank für ihre dem Staate geleistete Hilfe ein erstes Anrecht auf Arbeit.

Die erlittene Schlappe war um so offenkundiger, als es vor Abbruch des Generalstreiks nicht gelang, zuerst eine Einigung mit den Bergarbeitern zu finden, die zunächst weiter im Kampfe aushalten. Die Fortführung des Generalstreiks hätte aber zweifellos zu einer Katastrophe führen müssen, da der Regierung, wie gesagt, große Kräfte zur Verfügung standen, und sie auch mit ihrem Minimum: zuerst Abbruch des Generalstreiks, dann Verhandlung mit den Bergarbeitern, in Parlament sowie beim Volke weitestgehend unterstützt wurde. „Ein Kampf bis zum bitteren Ende“ wäre tatsächlich einer unverantwortlichen Sabotagepolitik überstürzt gekommen. Das Schlimme an der ganzen Sache war ja: auch die Arbeiterpartei war so sehr in die Angelegenheit verwickelt und stand mit gebundenen Händen da. Ja, gerade weil der Generalstreik das Resultat eines gemeinsamen Beschlusses zwischen Gewerkschaften und Labour Party war, konnte die Regierung die Parole ausgeben, es drehe sich um die Frage, ob parlamentarische Macht herrschen solle oder Gewerkschaftsdiktatur. In Wirklichkeit verdienen die Generalräte der Gewerkschaften und der Labour Party den Dank der gesamten internationalen Arbeiterbewegung, weil sie den Mut fanden, zum Niedrig zu blasen, ehe die Kräfte der Arbeiterschaft verbraucht waren.

Sollte es nun wirklich notwendig werden, eine Schuldfrage zu konstruieren, so liegt diese auf einem ganz andern Gebiet als bei den Führern der Labour Party. Zweifelloß war der im vorigen August angestimmte Siegesrausch über den Sieg des „reinen Gewerkschaftskampfes über die Politik“, der weit über die Grenzen Englands hörbar war, sehr übertrieben. Das rächt sich jetzt schwer. Auch die vom letzten Gewerkschaftstongreß gehegten Hoffnungen auf Wiedererweckung Robert Omentcher Traditionen haben sich als ein Trugschluß erwiesen. Das Spielen mit dem Gedanken zur Schaffung einer Einheitsgewerkschaft für alle Industrien ist in der modernen Zeit ein gefährliches Wagnis. Gewiß ist der in 1914 ins Leben getretene und beim Streik in 1921 in die Brüche gegangene Dreierband immer noch in Erinnerung. Für die verantwortlichen Führer der englischen Gewerkschaftsbewegung ist nun aber die Zeit gekommen, Klarheit darüber zu schaffen, ob man sich auf die wirkliche Gewerkschaftsarbeit besinnen will oder nicht. Im Wesen der Gewerkschaftsarbeit aber liegt es, daß der Tarifvertrag als unantastbare Einrichtung geachtet wird. Die Gewerkschaftsbewegung würde böse Zeiten heraufbeschwören, wollte sie den Kontraktbruch zum leitenden Prinzip erheben. Soll der internationalen Gewerkschaftsbewegung nicht unberechenbarer Schaden zugefügt werden,

so muß hier eine klare und nicht mißzuverstehende Stellung eingenommen werden.

Im Interesse des Gedehens der internationalen Gewerkschaftsbewegung muß auch die Frage aufgeworfen werden: ob es überhaupt zu einem Generalstreik kommen dürfte? Diese Riesenbewegung war als eine Sympathieumgebung für die Bergarbeiter gedacht und mit aller Deutlichkeit muß einmal festgestellt werden: der Sympathiestreik ist eine recht unbrauchbare Waffe im wirtschaftlichen Kampfe. In diesem Ringen hat es sich bewiesen, daß diese Waffe auch im äußersten Notfalle unbrauchbar bleibt. Dann aber ist doch die Feststellung zu machen: man weiß beim Sympathiestreik niemals, wo der Anfang und wo das Ende sein soll. In diesem Falle verlangten die Bergarbeiter den Sympathiestreik der Eisenbahner, der Verkehrsarbeiter, der Buchdruckerarbeiter und anderer mehr. Wie aber, wenn die Metallarbeiter, die sich auch in der Lohnbewegung befinden, demnächst streiken, können diese dann auch den Sympathiestreik der genannten Berufsstände verlangen? Soll ein solches Prinzip bis zur äußersten Konsequenz durchgeführt werden, so kämen bestimmte Gewerkschaften überhaupt nicht mehr aus der Streikbewegung heraus.

Nach den vorliegenden Meldungen sind die Verhandlungen im Bergbau wieder im Gange. Wie der Premierminister aber mitteilte, werden die Parteien schwerlich aus eigener Initiative zu einer gangbaren Einigung kommen. Deshalb soll ein großzügiges Programm ausgearbeitet und unterzüglich in Form von Gesetzentwürfen dem Parlament unterbreitet werden, mit der Bedingung, dieselben noch in dieser Session zu verabschieden. Da die nun gemachten Vorschläge genau dieselben sind, wie die von der königlichen Kommission, so fragt man sich verwundert: warum hat der Premierminister dieselben nicht schon vor Abbruch der Verhandlungen am 1. Mai gemacht? Die Stellung der Bergarbeiter zu den neuesten Vorschlägen ist noch nicht bekannt.

V. Wein

Einiges vom Arbeitsvertrag.

II.

Infolge der Entwicklung des Arbeitsrechtes seit 1918 ergeben sich oft auch nach dem Ausscheiden aus einem Betrieb für den Arbeiter noch Rechtsansprüche. Es sei nur erinnert an die Lohnforderungen bei fristloser Entlassung, an die Nachforderung zu wenig gezahlten Tariflohnes oder noch nicht erhaltenen tariflichen Urlaubs und an den Entlassungsschutz aus dem Betriebsrätegesetz. Mitin alles wichtige Ansprüche, die erst nach Verlassen der Arbeitsstelle geltend gemacht zu werden pflegen. Nun haben die Unternehmer mit Absicht den Wortlaut der Bescheinigungen über erhaltene Papiere und empfangenen Restlohn seit der Vorkriegszeit noch nicht geändert. Die Bescheinigungen enthalten meist die Bemerkung: „Gleichzeitig bescheinige ich, daß ich keinerlei Forderungen mehr geltend zu machen habe.“ Es muß dringend gewarnt werden, derartige Bescheinigungen ohne Vorbehalt zu unterschreiben. Vielmehr müssen die Arbeiter in solchen Fällen stets nur „unter Vorbehalt“ unterschreiben, damit sie ihre etwaigen weiteren Rechte, die sie oft erst nachträglich erfahren, noch geltend zu machen in der Lage sind. Also keine leichtfertige Unterschrift.

Viele Streitigkeiten entstehen auch aus dem Verlangen des Unternehmers, sich bei dem Verlassen des Betriebes einer Leibesvisitation zu unterziehen. Generell kann hierzu gesagt werden, daß eine solche Maßnahme immer Taft erfordert, und daß das Ehrgefühl des Arbeiters nicht verletzt werden darf. Außerdem darf der Arbeiter durch eine solche Handlung nicht ungebührlich lange im Betriebe über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus festgehalten werden. Eine gesetzliche Bestimmung, daß die Leibesvisitation ohne weiteres zulässig ist, gibt es nicht, so viele Artikel auch die Unternehmerhündigkeit schreiben, um dieses vermeintliche Recht des Unternehmers zu begründen. Vielmehr muß die Leibesvisitation in einem Tarifvertrag, in der Arbeitsordnung oder im Einzelarbeitsvertrag besonders vereinbart sein. Ist dies nicht der Fall, so ist die Weigerung des Arbeiters kein Grund zur fristlosen Entlassung, und die Entlassung kann sich außerdem als unbillige Härte im Sinne des Betriebsrätegesetzes herausstellen. Der Unternehmer kann, wenn nichts vereinbart ist, die Leibesvisitation nur durch die Polizei vornehmen lassen; er macht sich aber schadenersatzpflichtig, wenn er die Polizei ohne jeden Grund zu einer solchen Untersuchung auffordert.

Vielfach melden die Unternehmer das Ausscheiden von Arbeitern ihrem Verband, besonders wenn diese Arbeiter sich mißliebige gemacht haben (zum Beispiel Betriebsräte gewesen sind, übertarifliche Forderungen gestellt oder die Verleugung „aufgereizt“ haben usw.). Das ist das System der sogenannten „schwarzen Listen“. Diese sind gegenwärtig ebenso erlaubt, wie auch der Boykott oder die „Sperr“ oder die „Zugzwangswarnung“ seitens der Gewerkschaften gegenüber den Unternehmern. Nur müssen die Angaben auf Wahrheit beruhen; die Mittel müssen in einem angemessenen Verhältnis zu dem erstrebten Ziel stehen, und die Schädigung darf nicht zur Vernichtung der Existenz führen. Die Grenzen sind natürlich sehr schwer zu ziehen. Oft ist überhaupt nicht nachzuweisen, ob „Schwarze Listen“ vorliegen. Etwaige Schadenersatzklagen können geführt werden auf Grund von § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches wegen Verstoßes gegen die guten Sitten (unerlaubter Handlung).

Wenn ein Arbeiter fristlos entlassen wird, so kann er durch eine Klage feststellen lassen, ob ein Grund zu einer fristlosen Entlassung vorgelegen hat. War eine Kündigungsfrist vereinbart, so kann gleichzeitig der Lohn bis zum Ablauf der Kündigungsfrist gefordert werden. Das Gericht hat dann zu prüfen, ob der von dem Unternehmer vorgebrachte Grund zur fristlosen Entlassung ausreicht oder nicht. War der Grund ausreißend, so wird der Arbeiter abgewiesen. Das Gericht kann keinen Mittelweg wählen, allenfalls einen Vergleichsvorschlag machen, der aber ein Urteil ausschließt. Stellt das Gericht dagegen fest, daß kein Grund zur fristlosen Entlassung vorhanden war, dann muß es auch den vollen Lohnanspruch zusprechen (abgesehen von der in dem § 615 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches enthaltenen Einschränkung). Wiederum ist ein Mittelweg ausgeschlossen. Die Gerichte können den § 264 des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht heranziehen. Dieser

Paragraph handelt von dem gegenseitigen Verschulden. Der Schadenerjak mildert sich hiernach in dem Maße, wie derjenige, der den Schadenerjak verlangt, selbst dazu beigetragen hat, daß der Schaden entstanden ist oder nicht verhindert wurde. Bei dem Lohnanspruch für die Kündigungsfrist in Fällen von unberechtigter fristloser Entlassung handelt es sich aber nicht um Schadenerjak, sondern eben nur um einen Lohnanspruch. Darauf ist aber der Paragraph über das gegenseitige Verschulden unanwendbar. Wäre es anders, dann würde wohl niemand mehr in den Besitz des vollen Lohnes für die Kündigungsfrist gelangen, da der Unternehmer immer irgendwelche kleinere oder größere „Verfehlungen“ des Arbeiters behaupten und schließlich auch beweisen kann. Der Richter würde dann aus „Gerechtigkeit“ das beiderseitige Verschulden abwägen, und der ganze Sinn und Zweck derartige Lohnklagen wäre verloren. Früher hat man derartige Anrechnungsversuche auch gar nicht unternommen; in neuerer Zeit sind solche Ideen in arbeitsrechtlichen Zeitschriften wiederholt aufgetaucht, allerdings auch sofort an denselben Stellen entschieden bekämpft worden.

Die fristlose Entlassung bei Krankheit gemäß § 123 Ziffer 8 der Gewerbeordnung ist für die Arbeiter ebenfalls ein heißes Kapitel; denn das Gesetz begnügt sich mit einer in allgemeinen Worten gehaltenen Feststellung des Rechtes zur fristlosen Entlassung und überläßt es ganz dem freien Ermessen der Richter, diese Bestimmung auszulegen. Zu einer herrschenden Meinung ist es aber noch nicht gekommen, trotzdem die Gewerbeordnung seit Jahrzehnten besteht und Gelegenheit genug gewesen wäre, feste Grundsätze aufzustellen. Infolgedessen ist eine Klage auf diesem Gebiete ein reines Lotteriespiel. Die Sache ist aber für die Arbeiter besonders wichtig, weil ja jetzt auch noch die Rechte aus dem Entlassungsschutz des Betriebsratsgesetzes von dem Ausgang einer derartigen Klage abhängen. Die fristlose Entlassung kann nicht mehr angesprochen werden, wenn die Krankheit im Zeitpunkt der Entlassung bereits wieder behoben ist. War also jemand 6 Wochen krank, und der Unternehmer will ihn beim Arbeitsantritt fristlos entlassen, so ist dies unzulässig. Im übrigen haben Gerichte bei Arbeitern, die mehrere Jahre in demselben Betriebe tätig waren, eine Krankheit bis zu 4 Wochen nicht mehr als eine dauernde Unfähigkeit zur Fortsetzung der Arbeit angesehen. Eine nur vorübergehende Arbeitsunfähigkeit genügt aber nicht zur fristlosen Entlassung. Bei Krankheitsfällen und darauf erfolgter Entlassung ist daher immer Einspruch bei der Betriebsvertretung zu erheben und nötigenfalls die Klage wegen unberechtigter fristloser Entlassung außerdem zu führen, je nachdem: bei Kündigungsausschluß: Feststellungsklage, eventuell Aussetzung des Verfahrens vor dem Arbeitsgericht; bei Kündigungsfrist: Lohnklage und immer Aussetzung des Verfahrens vor dem Arbeitsgericht.

Unendlich ist die Zahl der Streitfälle wegen Arbeits- und Lohnausfall infolge Materialmangels, Strommangels, Betriebsstörung usw. Oft ist in Tarifverträgen, Arbeitsordnungen oder Arbeitsverträgen vereinbart, daß nur geleistete Arbeit bezahlt wird. Das bezieht sich aber in aller Regel nur auf den § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Anders wären alle Kündigungsfristen überflüssig, da der Unternehmer nur arbeiten lassen brauchte, wenn es ihm paßt. So etwas gibt es normalerweise nicht oder nur, wenn es ganz ausdrücklich vereinbart worden ist. Wird dies aber vereinbart, dann sind nicht nur Kündigungsfristen, sondern der ganze Arbeitsvertrag eine Farce. Infolgedessen gerät der Unternehmer in allen übrigen Fällen stets in Annahmeverzug gemäß § 615 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Hieraus wollen sich die Unternehmer befreien, indem sie Unmöglichkeit der Leistung (§ 233 BGB.) einwenden. Unmöglichkeit der Leistung liegt aber nur vor, wenn höhere Gewalt den Unternehmer hindert, die Arbeitsleistung anzunehmen. Beispiele: Eine Stadt liegt auf beiden Seiten eines Stromes; bei einem schweren Sturme ist der Strom unpasseierbar und die Brücke stürzt ein. Die auf dem andern Ufer wohnenden Arbeiter können nicht in den Betrieb gelangen. Oder: Eine Fabrik brennt vollkommen nieder die Maschinen sind vernichtet, es kann nicht gearbeitet werden. Im ersten Falle liegt Unmöglichkeit der Leistung vor. Im zweiten Falle ist es schon zweifelhaft. Vielleicht hat der Unternehmer auch den Lohnausfall mitverschuldet oder er kann die Belegschaft mit Aufräumungsarbeiten beschäftigen. In allen andern Fällen liegt keine Unmöglichkeit der Leistung vor, sondern es handelt sich um Betriebsrisiko, das der Unternehmer tragen muß. Die Arbeiter können aber, je nachdem wie die Verhältnisse liegen, mit dem Unternehmer vereinbaren, für eine gewisse Zeit auszusparen.

Aus den beiden Artikeln geht wohl zur Genüge hervor, daß sich aus dem Arbeitsvertrag unzählige wichtige Streitfragen ergeben können. Nur eine kleine Anzahl davon ist dargestellt worden. Die Arbeiter müssen daher auch diesen Dingen ihre ganze Aufmerksamkeit widmen, wenn sie sich vor Schäden bewahren wollen. Die Gewerkschaften betrachten es als eine Hauptaufgabe, derartige Schädigungen zu verhüten, so daß die Gewerkschaftsmitglieder in der Regel zu ihrem Rechte kommen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Rassengeschäftliches.

Die nachfolgenden Zahlstellen haben für das 1. Quartal 1926 weder eine Abrechnung noch ein Formular über die Mitgliederbewegung eingesandt. Von den mit einem Stern (*) gekennzeichneten Zahlstellen liegt der Rassenabluß vor, es fehlt aber die Mitgliederbewegung. Viele Zahlstellen versäumen noch immer, das besondere Formular für die Mitgliederbewegung einzusenden. Wenn alle diese Säumnigen als fehlend eingeseht worden wären, so wäre die Liste erheblich länger.

- Gau Ost- und Westpreußen: Nordenburg.
- Gau Brandenburg: Nhrig, *Zellin.
- Gau Provinz Sachsen und Anhalt: Bismarck, Leipzig, Loburg, Mienburg, Stendal, Zieslar.

- Gau Schleswig-Holstein und Oldenburg: Diepholz.
- Gau Thüringen: Buttstädt, Cravinkel, Königsee, Zella-Mehlis.
- Gau Nordbayern: Bamberg.
- Gau Südbayern: Altenmarkt, Burghausen.
- Gau Hessen, Hessen-Nassau: Bad Wildungen, Frieda, Glauberg, Gattenbach, Hersfeld, Kollar, Roth (Kreis Marburg), Schenkensfeld, Weilburg, Wetter, Wehlar, Wolfenhausen, Worms.
- Gau Württemberg: Calw, Crailsheim, Kirchheim u. T., Nürtingen, Dehringen, Neulingen, Rottweil, Sigmaringen, Tuttlingen, Wildbad.
- Gau Rheinland-Westfalen: Andernach, Beckum, Borchhorst.
- Gau Baden: Kaiserslautern, Pirmasens, *Waldbahut, Adolf Hümer, Kaffierer.

Unsere Lohnbewegungen.

Ausgesperrt sind die Zimmerer in Reichenbachsen und Alße.

Gesperrt ist die Firma Tschje in Briesen.

Berichte aus den Zahlstellen.

München. Am 29. April fand im Thomasbräu unsere Quartalsversammlung statt. Der Kassierer gab den Rassenabluß vom 1. Quartal bekannt, aus dem zu entnehmen war, daß die Einnahmen und Ausgaben für die Zentralkasse mit 30 141,25 M balancieren, während die Einnahmen für die Lokalkasse 4592,85 M, die Ausgaben den Betrag von 7386,60 M aufwiesen. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise hat sich auch im Zahlstellengebiet außerordentlich bemerkbar gemacht. Zur Unterstützung der Erwerbslosen mußten von der Hauptkasse 19 000 M im 1. Quartal angefordert werden. Der Vorwurf, den manche Kameraden erheben, daß die Zentralkasse kein Geld herausgebe, könne nicht gemacht werden; denn alle angeforderten Beträge für die Erwerbslosenunterstützung seien restlos angewiesen worden. Während des ganzen Winters habe die Zentralkasse erhebliche Zuschüsse für die Zahlstelle leisten müssen. Die Lokalkasse wies ein Defizit von 3000 M auf, das dadurch entstanden sei, daß die Zahlstelle aus eigenen Mitteln den ausgesetzten Kameraden eine Unterstützung gewähre. Die Erwerbslosigkeit sei sehr groß, und im vergangenen Quartal wurden 7441 Freimariken abgesetzt. Die Zahl der erwerbslosen Kameraden sei etwas zurückgegangen, sie betrage aber immer noch über 400 Kameraden. Auch im 2. Quartal sind die Aussichten nicht günstig; die Erwerbslosigkeit wird auch in den nächsten Monaten noch anhalten. Es sei vor allen Dingen Pflicht der Kameraden, pünktlich ihre Beiträge zu zahlen und die Bezirkskassierer bei der Beitragshebung zu unterstützen. Hierauf berichtete der Vorsitzende über die Verhandlungen mit den Unternehmern über den Abschluß des neuen Landestarifvertrages. In seinen Ausführungen schilderte er die Schwierigkeiten, die sich ergeben hätten, und beleuchtete die Forderungen der Unternehmer, die bestrebt waren, eine Reihe von Verschlechterungen in den Tarifvertrag zu bringen. Ganz besonders hatte es ihnen die Arbeitszeit angefallen; hier verlangten die Unternehmer von uns Zugeständnisse, die aber abgelehnt werden mußten. An dem Widerstand unserer Vertreter scheiterten die Pläne der Unternehmer. Nach längeren Verhandlungen einigten sich die Parteien, daß der alte Vertrag auf ein Jahr zu verlängern sei. Anschließend gab der Vorsitzende das Ergebnis der Verhandlungen im Arbeitsgebiet „Mittlere Nar“ bekannt. Durch eine Vereinbarung, wonach der Lohn für Zimmerer im dortigen Gebiet 103 % betragen soll, konnte dieser Streikfall erledigt werden. Weiter wurde zur Maifeier Stellung genommen und beschlossen, daß sich die Kameraden restlos an der Demonstration beteiligen sollen, um gegen die Bestrebungen der Reaktion zu protestieren. Im Anschluß hieran wurde noch die Jugendfrage besprochen, die eine lebhaftete Debatte auslöste. Von allen Seiten wurde hervorgehoben, daß auf diesem Gebiete mehr als in der Vergangenheit geschehen müsse. Auch die Kameraden sollten sich mehr um die Beherlinge kümmern und alles versuchen, sie für die Organisation zu gewinnen. Von allen Kameraden müsse verlangt werden, daß sie auf gewerkschaftlichem Gebiet ihre volle Pflicht erfüllen. Nur dadurch könne die Arbeiterbewegung wieder vorwärts kommen.

Ober-Niederneufkirch. Am Sonntag, 25. April, fand im Naturfreundehaus Oberneufkirch das zwanzigjährige Gründungsfest der Zahlstelle Ober-Niederneufkirch statt. Die Feier, die mit dem „Alter Kameraden-Marsch“ eingeleitet wurde, eröffnete der Vorsitzende, Kamerad Gustav Schulze, Wilthen, mit begrüßenden Worten. Er gab besonders seiner Freude Ausdruck, daß fast alle Kameraden der Zahlstelle, teils mit Frauen und Kindern, erschienen waren. Der Gauleiter, Kamerad Köhler, Dresden, gab in seiner Festansprache einen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung der Zahlstelle. Die Gründung erfolgte 1906 mit 14 Mitgliedern, dann wuchs die Mitgliederzahl 1910 auf 65 Mitglieder, 1913 auf 105, 1926 auf 106. Die Löhne steigerten sich wie folgt: 1906 29 %, 1909 35 %, 1912 40 %, 1914 44 %, 1926 92 %. Nachdem er der Gründer gedacht, den Dank an den alten Kassierer Max Wobst ausgesprochen, dem früheren Vorsitzenden Ernst Wobst sowie der heutigen Geschäftsführung, Kamerad Gustav Schulze und dem Kassierer Reinhold Richter, Dank und Anerkennung gezollt hatte, betonte er, daß das Baugewerbe von der immer schärfer sich zuspitzenden Wirtschaftskrise ganz besonders hart betroffen werde. Mit einem zündenden Appell an alle Kameraden, allezeit das Erbe der älteren Arbeiterschaft hochzuhalten, schloß er seine Rede. Nun entwickelte sich ein gemütliches Beisammensein. Den Kindern bot man einige Ueber-raschungen. Gegen 8 Uhr brachen die Kameraden auf, um die Rückwanderung anzutreten. Alle hatten erneut die Ueberzeugung gewonnen, daß ihre Organisation sich in guten Händen befindet.

Stuhm. Am 25. April fand hier eine gutbesuchte Versammlung statt, die eine umfangreiche Tagesordnung zu

erledigen hatte. Zunächst wurden die Kameraden von den eingegangenen Schreiben der Gauleitung und des Zentralvorstandes in Kenntnis gesetzt. Die Bautätigkeit liegt hier vollständig danieder, und auch die Aussichten für das kommende Jahr sind nicht besonders gut. Dennoch müsse es Pflicht der Kameraden sein, so wurde hervorgehoben, für die Organisation zu werben. Weiter wurden noch rassengeschäftliche Angelegenheiten besprochen, die eine lebhaftete Aussprache auslösten. Um die entstandenen Mißbilligkeiten aus dem Wege zu schaffen, soll erneut mit dem Zentralvorstand Fühlung genommen werden. Zum Schluß wurde noch auf die Maifeier hingewiesen und die Kameraden wurden aufgefordert, sich restlos an dem geplanten Umzug zu beteiligen.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die englische Regierung verweigert die Einreiseerlaubnis. Das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes teilt mit: Zu unserm größten Erstaunen wurden wir kürzlich davon in Kenntnis gesetzt, daß die britische Regierung dem Genossen Knoll vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund die Einreise zur Teilnahme an dem vom IGB und von der Sozialistischen Arbeiter-Internationale ursprünglich für den 18. Mai in London anberaumten Welt-Wanderungskongreß nicht erlaubt hat. Inzwischen ist nun auch das für Genossen Leipart, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und Vizevorsitzender des IGB, erteilte Visum zurückgezogen worden, so daß die Abhaltung des auf den 22. Juni vertagten Welt-Wanderungskongresses in London in Frage gestellt wird. Damit ist der ungeheuerliche Tatbestand geschaffen, daß im sogenannten „Land der Demokratie“ der Abhaltung eines Kongresses des IGB und der Sozialistischen Arbeiterinternationale in größtmöglicher Weise entgegen gearbeitet wird, während zum Beispiel den Konferenzen des IGB im Vorkriegszeit die geringsten Hindernisse in den Weg gelegt wurden. Ähnliche Dinge ereignen sich höchstens noch im Lande Mussolinis!

Veranstaltungsanzeiger.

Montag, den 31. Mai:

Afcherleben: Nach Feierabend bei Albert Fricke. — **Dormund:** Abends 7 Uhr Unterricht und Besprechung der Lehrlingsabteilung im „Thüringer Hof“, Ecke Mallinforde- und Uhlstraße.

Dienstag, den 1. Juni:

Dormund: Abends 7 Uhr Polierführung bei Bogell, Münsterstr. 2. — **Salberstadt:** Abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Gerberstraße. — **Spremerberg:** Bei Tümmel, Pfortenstraße.

Mittwoch, den 2. Juni:

Essen, Bezirk Bottrop: Abends 6 Uhr im Volkshaus, Gladbecker Straße. — **Guben:** Nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus, Lange Straße. — **Haugard i. Pomern:** Abends 8 Uhr bei Bäckermeister Habrecht. — **Weiskensfeld:** Gleich nach Feierabend im „Rischsteiner Krug“.

Freitag, den 4. Juni:

Dusum: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Süderstraße. — **Neustadt a. d. Orla:** Abends 5 Uhr im „Gästler“. — **Schwerin:** Abends 8 Uhr im Gesellschaftshaus, Baderstraße. — **Trier:** Abends 8½ Uhr bei Metzger, Am Hauptmarkt. — **Welsert:** Gleich nach Feierabend bei Leimhaus, „Schliefenhäuser“. — **Wiesdorf:** Abends 7½ Uhr bei Lorini, Schließbergstraße. — **Wittenberge:** Abends 8 Uhr in der „Zentralthalle“, Turmstraße.

Sonntag, den 5. Juni:

Braunschweig: Abends 7½ Uhr in „Stadt Helmstedt“, Schippenstedter Straße. — **Deffau:** Gleich nach Feierabend im „Liwoll“. — **Dormund, Bezirk Mengede:** Abends 7 Uhr bei Wiemann, Immenstraße. — **Dormund, Bezirk Lütgendormund:** Abends 7 Uhr im „Bürgerhaus“, Poststraße. — **Gelsenkirchen:** Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Ecke Essener und Dornwegstraße. — **Münster i. W.:** Abends 8 Uhr bei Aug. Brindmann, Krummer Timpen 38. — **Orauenburg:** Bei Otto Seeger, Mühlstraße.

Sonntag, den 6. Juni:

Bonn: Vormittags 10 Uhr im „Salzrümpchen“, Hundsgasse. — **Dich-Krone:** Nachmittags 2 Uhr bei Gräber, Erft. — **Giesleben:** Nachmittags 2 Uhr im Volkshaus. — **Gelsenkirchen, Bezirk Westerholt:** Vormittags 10 Uhr bei Rottmann, Industriestraße. — **Hagen i. W.:** Vormittags 10 Uhr bei Hohmann, Ecke Köhler und Elbersfelder Straße. — **Jarmen:** In der Herberge. — **Lindau i. B.:** Vormittags 10 Uhr in Monastalt, Gasthaus „Zur Linde“. — **Lüdenscheid:** Vormittags 10 Uhr bei Mölle, Hochstraße. — **Marne:** — **Neuwied:** Vormittags 10 Uhr bei Birty, Marktstraße. — **Pinneberg:** Nachmittags 3½ Uhr bei Tiede, Herberge. — **Reimscheid:** Vormittags 10 Uhr im Volkshaus. — **Swinemünde:** Nachmittags 3 Uhr bei Lanf. — **Würzburg:** Vormittags 10 Uhr in der „Stadt Mainz“.

Zahlstelle Gera i. Th.

Alle Verbandangelegenheiten werden in Zukunft nur noch im Bureau Enzianstr. 11, part., nachmittags von 4 bis 6 Uhr, erledigt. Wir ersuchen alle Kameraden, dies zu beachten. [4,50 M.] Der Vorstand.

Zahlstelle Hamburg.

Am Montag, 31. Mai, findet im Jugendheim des Gewerkschaftshauses eine **Versammlung der Jungkameraden** statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Schulungswoche in Kubdewörde. 2. Unser Gaujugendtreffen in Lüneburg. 3. Verbandangelegenheiten. Wegen der Wichtigkeit des 2. Punktes der Tagesordnung ist es dringend notwendig, daß alle Jungkameraden erscheinen. [9 M.] Der Vorstand.